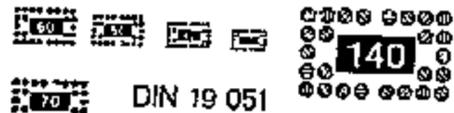


*DAS
REGIERUNGSPROGRAMM
DER SPD*

REFORMEN FÜR DEUTSCHLAND



DIN 19 051



A 94 - 02358

*DAS
REGIERUNGSPROGRAMM
DER SPD*

REFORMEN FÜR DEUTSCHLAND



A 94 - 02358

SPD

VORWORT

Hoffnung statt Zukunftsangst, Gerechtigkeit statt Kleingeisterei, Mut statt Behäbigkeit, Zusammenhalt statt Ausgrenzung – das braucht unser Land ebenso wie Wirklichkeitssinn, Gestaltungskraft und eine klare Vorstellung von der Zukunft. Dafür braucht Deutschland den Regierungswechsel, eine Politik unter sozialdemokratischer Führung.

Ich will, daß sich die Kräfte der Freiheit und der gegenseitigen Verantwortung und Rücksichtnahme entfalten können. Ich will eine Regierung, die Menschen ernst nimmt, statt mit ihren Hoffnungen parteipolitisch zu spielen. Eine neue Politik für Chancengleichheit, um auf dieser Grundlage die Einheit wirtschaftlich, sozial und kulturell zu verwirklichen.

Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit und der Schutz von Umwelt und Natur – das ist der Dreiklang unserer Reformpolitik für eine menschlichere Zukunft. Freiheit und Verantwortung, persönliches Streben nach Glück und Gerechtigkeit, Fortschritt und Sicherheit – das gehört zusammen.

Nur durch Reformpolitik kann unsere Gesellschaft die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bestehen. Nur so können wir die Gräben zwischen Ost und West überwinden, die wachsende soziale Spaltung abbauen. Recht und Moral wieder versöhnen.

Deutschland steht vor einer dreifachen Reformaufgabe.

1. Arbeit für alle!

Nach zwölf Jahren der Regierung Kohl ist die Bilanz erschreckend: Die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschuldung, die höchste Steuer- und Abgabenbelastung.

Ich will eine Politik, die Arbeit für alle schafft. Deshalb werden wir einen Sozialpakt für Beschäftigung, für Innovation, für umweltverträgliches Wachstum organisieren. Sichere Arbeitsplätze entstehen nur, wenn investiert wird. Sie sind morgen nur wettbewerbsfähig, wenn Forschung und Entwicklung heute verstärkt werden, sie sind nur sicher, wenn Menschen sich durch Bildung und Weiterbildung ständig qualifizieren können.

Unsere Gesellschaft lebt vom Engagement und den Fähigkeiten der vielen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Ebenso wie die verantwortungsbewußten Unternehmer, die durch Mut und Innovationsbereitschaft die Arbeitsplätze der Zukunft sichern.

Wir brauchen Brücken für die Menschen, die arbeitslos sind, Brücken in neue und sichere Beschäftigung. Wir müssen die vorhandene Arbeit phantasievoller organisieren und fairer verteilen.

Dafür will ich die Starken zur Solidarität mit den Schwachen gewinnen – Zusammenhalt ist eine Sache aller, nicht nur der Schwächeren untereinander.

2. Soziale Rechte für alle!

Familien und Kinder brauchen Unterstützung. Die Zukunftschancen der Kinder und jungen Menschen in unserem Land dürfen nicht davon abhängen, wie dick das Portemonnaie ihrer Eltern ist. Deshalb sind ein einheitliches Kindergeld und die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen wesentlich für unsere Reformpolitik.

Frauen und Männer müssen die gleichen Chancen in Beruf und Gesellschaft haben – nicht nur in schönen Gesetzen, sondern im Alltag. Frauen, deren berufliche Qualifikation rücksichtslos entwertet wird, Mütter und Väter, die Beruf und Familie nur unter großen Nachteilen miteinander vereinbaren können, das darf es in einer gleichberechtigten Gesellschaft nicht geben.

Lasten müssen gerechter verteilt werden. Deshalb werden wir den Solidaritätszuschlag abschaffen und so mehr als 80 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten. Anders als unter der Regierung Kohl wird es mit mir keine weiteren Erhöhungen der Steuer- und Abgabenquote geben. Gerechtigkeit setzt auch voraus, daß es im Arbeitsleben soziale Rechte und wirkliche Mitbestimmung gibt.

3. Eine gesunde Umwelt für alle!

Nur wenn wir die Umwelt bewahren, werden wir unserer Verantwortung für künftige Generationen gerecht, Wirt-

schaft, Staat und Wissenschaft müssen gemeinsam handeln.

Umweltpolitik ist eine Herausforderung an die technologische Phantasie. Ich will, daß Umweltschutz nicht nur am „Ende des Schornsteins“ ansetzt, sondern mit Vorsorge produziert und konsumiert wird. Es ist immer vernünftiger, Schäden zu verhindern, als sie teuer zu reparieren.

Der Solarenergie sollte die Zukunft gehören – wir werden sie massiv fördern. Weil dagegen die Atomenergie Menschen und Natur gefährdet, werden wir aus dieser Technologie aussteigen. Mit energiesparenden, umweltverträglichen Autos und der Verlagerung von Lasttransporten auf die Schiene schaffen wir ein modernes Verkehrssystem.

Der Schutz der Umwelt und Natur wird nur Erfolg haben, wenn sich auch jeder und jede einzelne im Alltag umweltbewußt verhält. Private Initiative will ich fördern, sie darf nicht länger durch staatliches Handeln entmutigt werden.

4. Der Staat muß Freiheit und Sicherheit gewährleisten.

Staat und Verwaltung müssen den Menschen dienen. Nicht unbefragbare Autoritäten, sondern die souveräne Entscheidung – geprägt von Selbstbewußtsein und Rücksichtnahme – sollen das Zusammenleben unserer Gemeinschaft bestimmen.

Eine von mir geführte Bundesregierung wird gestalten und nicht verwalten. Nur ein leistungsfähiger und kostenbewußter Staat kann die öffentliche Verschuldung abbauen. Ich will die politischen Gestaltungsräume auch und gerade

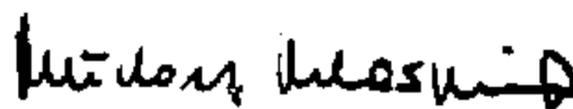
für Bildung und Kultur erweitern. Aus der kulturellen Freiheit und Vielfalt gewinnen wir die Kraft für die großen Aufgaben der Zukunft.

5. Friedenspolitik beginnt im eigenen Land.

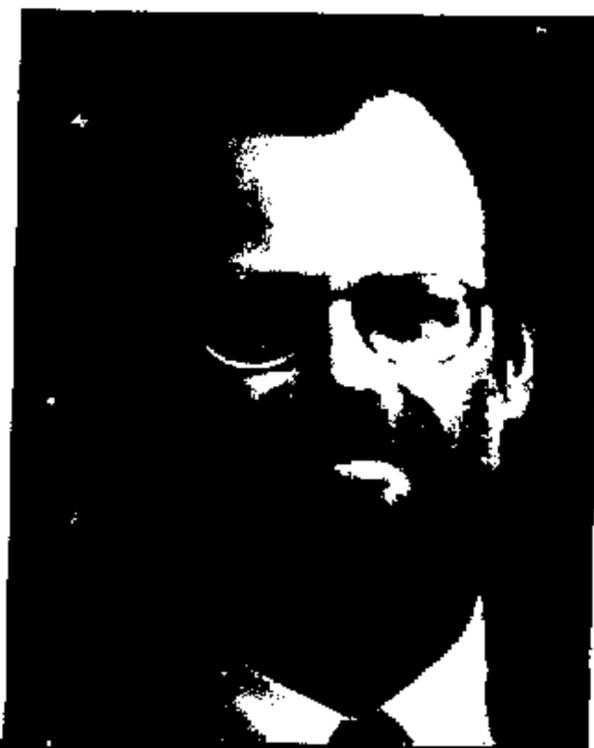
Nur wenn wir in Deutschland freiheitlich und friedlich zusammenleben, können wir auch international zum Frieden beitragen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß rechtsradikale Lumpen anderer Menschen Häuser anzünden, ihre Gesundheit gefährden und ihr Leben zerstören. Der Staat muß konsequent gegen jede Form von Kriminalität vorgehen. Aber wir brauchen auch mehr Gemeinsinn und Zivilcourage.

Ich vertraue darauf, daß Deutschlands Identität durch soziale Verantwortung und den Respekt vor jedem einzelnen Menschen geprägt wird – und nicht durch rückwärtsgewandten Nationalismus.

Unser Land muß seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden. In der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik wollen wir größere Anstrengungen unternehmen, den Hunger zu besiegen, die Umweltzerstörung zu beenden und die Bevölkerungsexplosion einzudämmen. Elend und Not beginnen unmittelbar vor unserer Haustür. Den Staaten Mittel- und Osteuropas müssen wir eine demokratische und partnerschaftliche Perspektive eröffnen – das gebieten Vernunft, Solidarität und Dankbarkeit.



Rudolf Scharping



INHALT

1. ARBEIT SCHAFFEN



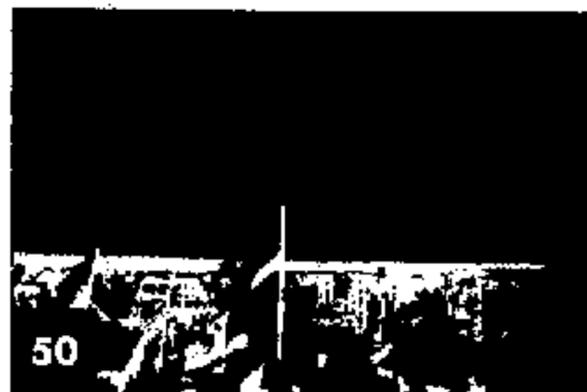
2. EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GESELLSCHAFT



3. EIN STABILER, LEISTUNGSFÄHIGER SOZIALSTAAT



4. DIE DEUTSCHE EINHEIT GESTALTEN



5. POLITIK FÜR FRAUEN



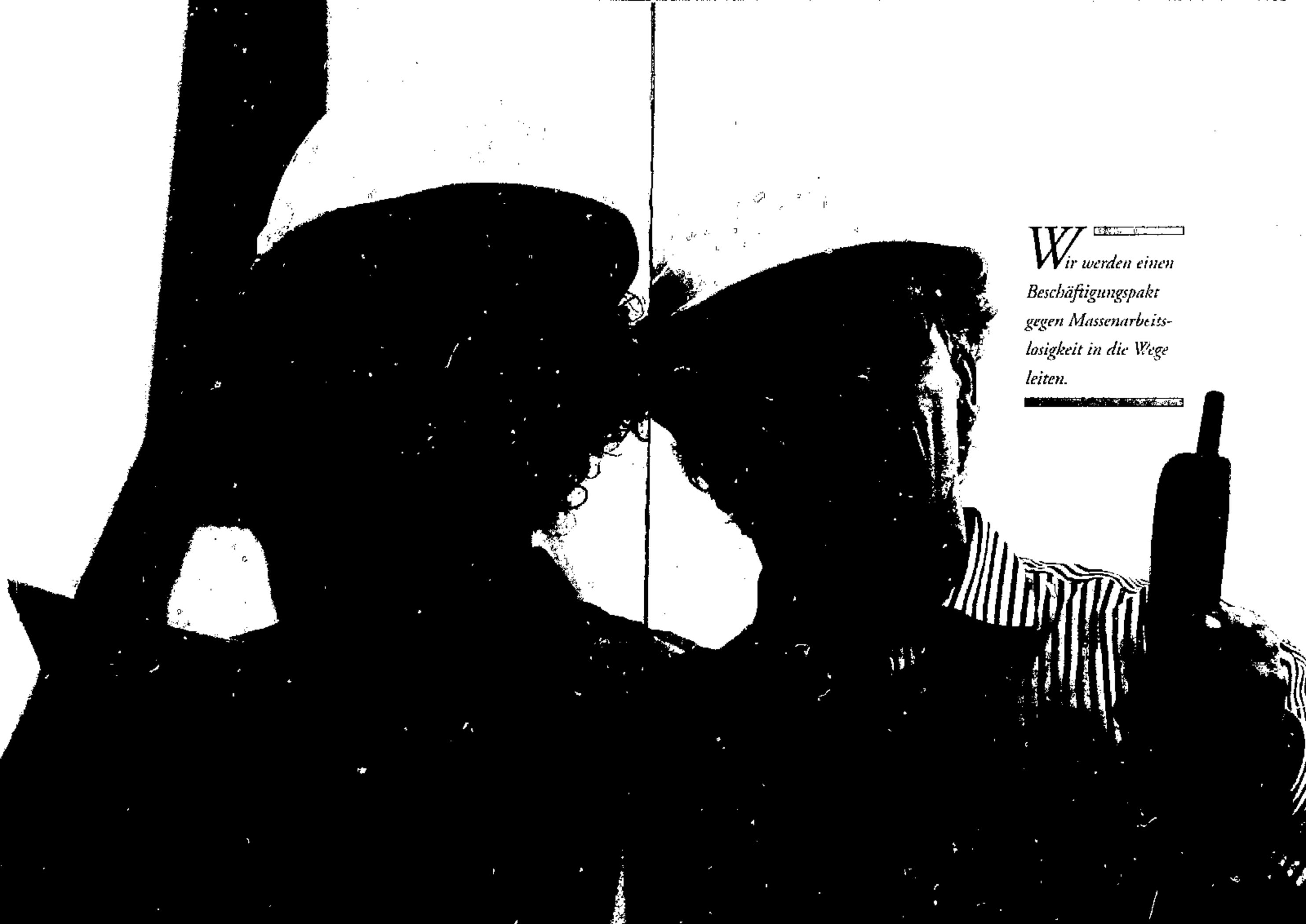
6. EIN MODERNER STAAT AUF SICHEM FUNDAMENT



7. EINE FRIEDLICHE, GERECHTE UND ZIVILE GESELLSCHAFT



8. EINE WELT IN SICHERHEIT UND FRIEDEN



Wir werden einen
Beschäftigungspakt
gegen Massenarbeits-
losigkeit in die Wege
leiten.

1. ARBEIT SCHAFFEN

Die Menschen in Deutschland brauchen sichere Arbeitsplätze. Denn Arbeit gibt den Menschen die Chance, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Sie gibt Selbständigkeit, Selbstbewußtsein und soziale Anerkennung.

Arbeitslosigkeit und Angst vor Arbeitsplatzverlust spalten die Gesellschaft und bedrohen den sozialen Frieden. Massenarbeitslosigkeit ist auch ein gefährlicher Nährboden für Kriminalität und Radikalismus. Wer arbeiten will, muß die Chance bekommen, arbeiten zu können. Arbeit ist in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ein Recht für alle. Die Bundesregierung hat das Ziel, einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern, aufzugeben. Sie findet sich mit Massenarbeitslosigkeit ab oder will sie sogar mißbrauchen, um den sozialen Fortschritt aufzuhalten.

Die Bundesregierung findet sich mit Massenarbeitslosigkeit ab.

Wir werden die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zur Hauptaufgabe unserer Politik machen. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Arbeitslosigkeit so schnell und so weitgehend wie möglich zurückzudrängen. Dazu werden wir unverzüglich nach Übernahme der Regierungsverantwortung das folgende konkrete Konzept in die Tat umsetzen:

Wir werden einen Beschäftigungspakt gegen Massenarbeitslosigkeit organisieren. Dabei muß der Staat Gewerkschaften, Arbeitgeber und Bundesbank für ein aufeinander abgestimmtes Verhalten gewinnen, um mehr qualitatives, sozial- und

Wir werden einen Beschäftigungspakt gegen Massenarbeitslosigkeit organisieren.

umweltverträgliches Wachstum und mehr Beschäftigung bei Stabilität des Geldwerts zu erreichen. Dieses gesellschaftliche Bündnis muß bei der bestehenden Verflechtung unserer Wirtschaft mit einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsinitiative verbunden werden.

Wir begrüßen deshalb die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überwindung von Rezession und Massenarbeitslosigkeit in Europa. Wir werden uns dafür einsetzen, daß ein europäischer Gesamtplan zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur dauerhaften Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Absicherung der sozialen Dimension umgehend verwirklicht wird.

Wir werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern.

Forschung, Bildung und Wissenschaft werden wir stärken. Mit einem gesamtdeutschen Zukunftsinvestitionsprogramm

werden wir öffentliche Infrastrukturinvestitionen verstärken und zeitlich vorziehen. Wir werden mit einer ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft Zukunftsmärkte eröffnen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen. Durch Abbau überflüssiger Staatsbürokratie und durch Straffung der Genehmigungsverfahren werden wir Investitionen in neue Arbeitsplätze erleichtern.

Wir werden Forschung, Bildung und Wissenschaft stärken.

Wir werden den wirtschaftlichen Mittelstand stärken.

Durch eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten werden wir die Investitionskraft der Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeit verbessern. Wir werden durch eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen die Nachfrage der privaten Haushalte stabilisieren. Wir werden den Wohnungsbau stärken und damit die Bekämpfung der Wohnungsnot mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verbinden.

Wir werden den Absatz ostdeutscher Produkte unterstützen.

Mit einem Aufbauprogramm Ost werden wir die Modernisierung der Wirtschaft in den neuen Ländern und den Absatz ostdeutscher Produkte unterstützen. Wir werden dafür sorgen, daß bei allen Maßnahmen unseres Regierungsprogramms

für umweltgerechtes Wachstum und Beschäftigung ein besonderer Schwerpunkt in die neuen Länder gelegt wird.

Wir werden mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik dafür sorgen, daß nicht vor allem Arbeitslosigkeit, sondern sinnvolle Arbeit finanziert wird. Mit einer effizienten und gerechteren Verteilung der Arbeit sollen mehr Arbeitsplätze geschaffen und die Produktivität der Unternehmen erhöht werden. Auch durch eine ökologische Steuerreform soll dazu ein Beitrag geleistet werden, indem die Belastungen der Arbeit gesenkt und Materialverschwendung verteuert werden.

Mit einem mittelfristig angelegten Konsolidierungskonzept wollen wir den dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung bremsen, um Investoren und Verbrauchern wieder Vertrauen in die Stabilität der Staatsfinanzen zu geben.

**an durch Modernisierung
und Stärkung unseres Volks-
wirtschaften**

Unsere Land steht wirtschaftlich vor großen Herausforderungen. Wertvolle Zeit ist nicht genutzt worden, in der notwendige Strukturanpassungen hätten vollzogen werden müssen. In ganz Deutschland müssen jetzt Wirtschaft, Staat und Gesellschaft umfassend modernisiert werden. Wohlstand, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen können auf Dauer nur erhalten bleiben, wenn die deutsche Wirtschaft leistungsfähig und international wettbewerbsfähig ist. Deshalb werden wir die wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß

unsere Wirtschaft mit Spitzenqualität zu konkurrenzfähigen Preisen auf den Weltmärkten bestehen kann. Private Investitionen und Innovationen, Forschung, Bildung

*Wirtschaft, Staat und Gesellschaft
müssen umfassend modernisiert
werden.*

und Wissenschaft sowie staatliche Investitionen in eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und eine ökologische Erneuerung der Wirtschaft sind der Schlüssel für umweltverträgliches Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze. „Made in Germany“ muß auf den Weltmärkten wieder zum Gütesiegel für Spitzentechnologie und höchste Qualität werden.

*„Made in Germany“ muß wieder
zum Gütesiegel werden.*

Eine der größten Herausforderungen für unsere marktwirtschaftliche Ordnung ist, die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland voranzubringen. Die Regierung Kohl war der inneren Einheit nicht gewachsen. Industrielandschaften veröden, Arbeitsplätze verschwinden. Überhastete Privatisierung und eine verfehlte Eigentumsregelung behindern die Entwicklung einer eigenständigen, regional verwurzelten Industrie.

**durch ein Aufbau-
programm Ost**

Die Menschen in Ostdeutschland wollen bald unter gleichen Verhältnissen und mit den gleichen Chancen wie die Menschen in Westdeutschland leben. Frauen und Männer wollen vor allem die Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz. Dazu braucht Ostdeutschland wettbewerbsfähige Unternehmen, wissenschaftlich-technische Einrichtungen und eine leistungsfähige Infrastruktur. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Forscherinnen und Forscher wollen sich am Aufbau beteiligen, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer müssen lehren können. Das Verkehrs- und Kommunikationsnetz muß funktionieren, die Städte müssen attraktiver werden. Deshalb werden wir die Haushaltsansätze des Bundes für die neuen Länder über die gesamte Legislaturperiode konstant halten. Die verwirrende Töpfchenwirtschaft muß aufhören. Die Mittel für die neuen Länder sind gezielter und mit klaren Prioritäten einzusetzen.

*Ostdeutschland braucht
wettbewerbsfähige Unternehmen,
wissenschaftlich-technische
Einrichtungen und eine
leistungsfähige Infrastruktur.*

Die im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ praktizierte generelle Koppelung von EFRE-Mitteln und

GA-Mitteln wird aufgehoben. Dabei entfällt die Komplementärfinanzierung durch den Bund nicht.

In einem gesamtdeutschen Zukunftsinvestitions-Programm werden wir einen besonderen Schwerpunkt in die neuen Länder legen. Um die Investitionen der Städte und Gemeinden in Ostdeutschland zu beschleunigen, soll den Kommunen für eine begrenzte Zeit wieder eine Investitionspauschale bereitgestellt werden.

Die Treuhandanstalt wird aufgelöst. Über die bei ihr verbliebenen Liegenschaften wird auf Länderebene entschieden: So läßt sich die Landes- und kommunale Entwicklungsplanung mit der Verwendung und Privatisierung der Liegenschaften verbinden. Bodenspekulation wird verhindert.

Viele Treuhandunternehmen können sich aus eigener Kraft sanieren und modernisieren. Doch sie brauchen Zeit. Für

*Viele Treuhandunternehmen
können sich aus eigener Kraft
sanieren.*

einen festen Sanierungszeitraum von drei bis fünf Jahren werden wir ihnen die notwendigen Finanzmittel, die im Zeitverlauf abnehmen, bereitstellen. Sanierungsfähige Betriebe werden unter staatlicher Mitwirkung und Beteiligung in Holdings zusammengefaßt. Ihre unternehmerische Freiheit bleibt bestehen. Die Beschäftigten, die bei der Sanierung mithelfen, brauchen die Aussicht auf sichere, dauerhafte Beschäftigung. Sie müssen sich weiterqualifizieren können. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind sichere Arbeitsplätze.

Altschulden von kommunalen Unternehmen, sozialen Einrichtungen, landwirtschaftlichen Betrieben und auch von frühprivatisierten Unternehmen gefährden deren Überleben. Sie müssen deshalb mit Hilfe des Bundes abgebaut werden. Altschulden müssen mit Hilfe des Bundes abgebaut werden.

Wer neue Unternehmen gründen oder ansiedeln oder bestehende Unternehmen entwickeln will, braucht bessere Bedingungen für seine Investitionen. Wir werden durch steuerliche Maßnahmen und die Übernahme von Bürgschaften Erleichterung schaffen. Wir werden durch staatliches Risiko- und Beteiligungskapital und durch projektgerechte Investitionsförderung weitere Hilfen anbieten.

*Ostdeutschen Produkten muß
der Marktzugang nach Westen
erleichtert werden.*

Ostdeutsche Produkte sind Qualitätsarbeit. Ihr Marktzugang nach Westen muß erleichtert werden, z.B. im öffentlichen Beschaffungswesen und durch die Listung ostdeutscher Produkte bei Handelsunternehmen. Mit gezielten Hermes-Deckungen und mit grenzüberschreitenden Kooperationen werden wir Exportmärkte in Ost- und Mitteleuropa entwickeln helfen.

Durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in den Regionen

Ohne umweltgerechtes Wachstum kann die Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden. Wachstum allein wird die Krise auf dem Arbeitsmarkt jedoch nicht beseitigen. Notwendig ist eine aktive, vorausschauende Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Die Leitidee unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist es, die Mittel, die jetzt noch vor allem für die Bezahlung von Arbeitslosigkeit ausgegeben werden, künftig verstärkt für die Finanzierung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit einzusetzen.

Wachstum allein wird die Krise auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen.

Mit einem neuen Arbeits- und Strukturförderungsgesetz wollen wir die Arbeitsmarkt- mit der Struktur- und Regionalpolitik verbinden. Aktive Arbeitsmarktpolitik muß präventiv sein und mit Fördermaßnahmen schon vor Eintreten der Arbeitslosigkeit und krisenbetroffenen Branchen und Regionen eingreifen. Dort, wo die bisherigen Förderinstrumente nicht greifen, werden wir sie ausbauen und besser miteinander verknüpfen. Um einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten, werden wir den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ausweiten und verstätigen. Mit einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt werden wir eine Beschäftigungsbrücke hin zu neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen schaffen.

Dazu werden wir sozial und ökologisch notwendige Maßnahmen fördern. Bisher arbeitslose Menschen erhalten die Chance, sich bei angemessener Bezahlung und der Chance der beruflichen Qualifikation auf neue Arbeitsverhältnisse vorzubereiten.

Wir brauchen endlich eine Regionalpolitik, die die Ziele und Instrumente der verschiedenen Ebenen und Fachressorts koordiniert. Bund, Länder, Gemeinden, Regionen und die Europäische Kommission müssen sich auf die wesentlichen Entwicklungsziele einigen. Die Regionen

Wir brauchen endlich eine Regionalpolitik.

brauchen unmittelbare Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten über Ziele, Instrumente und über die finanziellen Mittel. Die Regionen sollen Mittelzuweisungen erhalten, die sie in eigener Verantwortung entsprechend einem abgestimmten regionalen Entwicklungs- und Innovationskonzept einsetzen können. An der Erarbeitung der Regionalpläne sollen Vertreterinnen und Vertreter aus Arbeit und Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft sowie öffentlichen Verbänden beteiligt werden.

Wir werden das Angebot an beruflicher Fortbildung und Umschulung erweitern, ein Altersübergangsgeld für ältere Arbeitslose in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit bereitstellen und mit dem weiterbestehenden Angebot der Altersteilrente den schrittweisen Übergang aus dem Berufsleben sinnvoller gestalten. Jüngeren eröffnen wir die Chance auf einen Arbeitsplatz durch

gesetzliche Regelungen, die es den Tarifvertragsparteien ermöglichen, Vorruhestandsvereinbarungen für Ältere abzuschließen. Arbeitssuchenden werden wir Hilfen bei der Gründung einer selbständigen wirtschaftlichen Existenz anbieten.

Unsere Beschäftigungs- und Strukturpolitik wird zukunftssichere Arbeitsplätze für Frauen und Männer gleichermaßen schaffen. Die Erhaltung und Förderung der Berufstätigkeit von Frauen sind für uns Teil der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Auf die Förderung von Zukunftsbranchen, vor allem im Dienstleistungsbereich, werden wir unser besonderes Augenmerk richten, um Frauen verstärkt aussichtsreiche berufliche Möglichkeiten zu eröffnen.

Langzeitarbeitslose Frauen und Männer haben es besonders schwer: Sie leiden nicht nur materiell, sondern auch seelisch. Sie benötigen besondere Hilfen. Das ist gemeinsame Aufgabe von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften. In einem gezielten Programm für den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit sollen Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze bereitstellen. Für die dort beschäftigten Arbeitslosen soll der Staat Lohnkostenzuschüsse zahlen, in der Regel nicht unter einem Jahr, jedoch befristet, der Höhe nach abnehmend.

Die Berufstätigkeit von Frauen muß erhalten und gefördert werden.

Die Tarifvertragsparteien bleiben aufgerufen, für die verschiedenen Formen der öffentlich geförderten Beschäftigung neue Tarife zu finden, wenn bestehende Tarifverträge keine angemessenen Lösungen ermöglichen.

An bewährten Instrumenten wie Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften werden wir gerade in den neuen Ländern festhalten. Dazu brauchen wir das Wissen und Können der regionalen und lokalen Arbeitsverwaltungen. Regionale

An Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften werden wir gerade in den neuen Ländern festhalten.

Wagnisfonds geben Impulse, Unternehmen und staatliche Institutionen müssen zusammenarbeiten.

In der Bauwirtschaft werden wir die Schlechtwettergeld-Regelung wiederherstellen.

Durch eine Reform der Kosten der Arbeit

Die Einheit ist ein Gewinn für alle Deutschen. Aber nicht alle gesellschaftlichen Gruppen haben sich an dieser Jahrhundertaufgabe beteiligt. Die Lastenverteilung ist ungerecht: Die Kosten der Einheit Deutschlands sind bisher zum großen Teil einseitig über die Sozialversicherung finanziert worden. Vor allem die jetzige Form der Finanzierung der notwendigen aktiven Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland hat die gesetzlichen Kosten der Arbeit verteuert und die Investitionskraft der Unternehmen geschwächt. Diese strukturelle Fehlentwicklung muß schrittweise korrigiert werden.

Wir werden eine wirtschaftspolitisch vernünftige und systematisch saubere

Strukturreform durchführen: Dazu gehört auf der einen Seite eine Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Diese Senkung der Lohnnebenkosten entlastet

Die Kosten der Einheit Deutschlands sind bisher zum großen Teil einseitig über die Sozialversicherung finanziert worden.

alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und alle Unternehmen. Das kommt nicht zuletzt auch den kleinen und mittleren Unternehmen zugute. Zu dieser Strukturreform gehört im Gegenzug auch eine gerechte Finanzierung der deutschen Einheit über das Steuersystem, die sich an der Leistungsfähigkeit orientiert. Für die Entlastung der Wirtschaft und der Arbeit ist diese Maßnahme wirtschaftspolitisch richtig und wird auch von der Wirtschaft akzeptiert. Damit wird auch ein Beitrag für einen gerechten Lastenausgleich in Deutschland geleistet.

Bei der Steuerfinanzierung werden wir durch eine Regelbindung sicherstellen, daß die Bundesanstalt für Arbeit die notwendigen Mittel erhält und autonom einsetzen kann.

Wer regelmäßig arbeitet, soll sozialversichert sein.

Wir wollen sozialversicherungsfreie Beschäftigung auf eng begrenzte Ausnahmen, z.B. Ferienarbeit von Schülerinnen

und Schülern oder Studierenden, beschränken. Wer regelmäßig arbeitet, soll sozialversichert sein. Illegale Beschäftigung werden wir mit aller Energie bekämpfen.

... durch eine effiziente Verteilung der Arbeit

Wer arbeiten will, muß die Chance bekommen, arbeiten zu können. Zur effizienten Verteilung der Arbeit werden wir ein neues Arbeitszeitgesetz vorgehen. Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst müssen dazu gebracht werden, das immer größer werdende Bedürfnis nach qualifizierter Teilzeitarbeit, auch mit existenzsicherndem Einkommen, zu befriedigen. Flexible und kürzere Arbeitszeiten für Frauen und Männer, deren Ausgestaltung den Tarifvertragsparteien überlassen bleibt, sind eine Voraussetzung für mehr Zeitsouveränität. Die

Maschinen sollen länger laufen, Menschen kürzer arbeiten können.

Unternehmen können Arbeitskräfte und Maschinen wirkungsvoller einsetzen. Maschinen sollen länger laufen, Menschen kürzer arbeiten können. Die Beschäftigten wollen und sollen dabei mitwirken und mitbestimmen. Wir werden entsprechende Modellversuche in Betrieben und Verwaltungen fördern.

An der Schwelle von der Ausbildung zum Beruf müssen alle organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um jungen Facharbeitern

und Fachangestellten eine Beschäftigung zu garantieren, in der sie die erworbene Qualifikation erhalten und weiterentwickeln können. Wir setzen vorrangig auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, um Männern und Frauen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

... durch bessere Arbeitnehmerrechte

Effiziente Arbeitsorganisation und humane Technikgestaltung bedürfen der Kompetenz und Motivation der Beschäftigten. Es ist auch im Interesse der Unternehmen, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an diesen Prozessen stärker beteiligt werden, daß sie mehr mitbestimmen können. Deshalb werden wir das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht dort weiterentwickeln, wo neue Arbeitsorganisationen und neue Produktions- und Informationstechnologien dies erfordern.

Wir wollen die Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer, ihrer Interessenvertreter und Gewerkschaften sichern und weiterentwickeln. Mitbestimmungsrechte dürfen durch Unternehmensspaltungen und Konzernstrukturen oder durch Verlagerungen von Unternehmenszentralen ins Ausland nicht eingeschränkt werden. Um die Aushöhlung der Mitbestimmung in transnationalen Unternehmen zu verhindern, werden wir ein Mitbestimmungsbeibehaltungsgesetz vorlegen.

Wir werden das Arbeitsschutzrecht novellieren mit dem Ziel, mehr Arbeitsschutz, bessere Gesundheitsvorsorge und humanere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Wir wollen ein modernes Arbeitsgesetzbuch schaffen, das die Rechte und Pflichten im Arbeitsleben zusammenfaßt, den Schutz und die Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsleben verbessert und die gesetzliche Grundlage für eine sozialfortschrittliche Gestaltung aller Arbeitsverhältnisse bietet.

Wir werden mehr Arbeitsschutz, bessere Gesundheitsvorsorge und humanere Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Tarifautonomie und Tarifvertragsrecht stehen für uns nicht zur Disposition. Starke und handlungsfähige Gewerkschaften sind für die Gestaltung der sozialen Demokratie notwendig, ebenso wie das Streikrecht. Wir werden den Aussperrungsparagraphen 116 AFG wieder in seine alte Form zurückführen, um die Verhältnismäßigkeit im Arbeitskampf wiederherzustellen. Wirtschaftlich schwierige Zeiten dürfen nicht den Vorwand bieten, die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen einzuengen.

Wirtschaftlich schwierige Zeiten dürfen nicht den Vorwand bieten, die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen einzuengen.

Die Verteilungsverhältnisse haben sich weiter zuungunsten der Arbeitnehmerschaft entwickelt. Die Bruttocommen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit

und Vermögen stiegen in den letzten zehn Jahren um 121 Prozent; die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer lediglich um 62 Prozent. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen daher Vermögen bilden können, indem sie sich am Produktivkapital beteiligen. Das sorgt für eine Beteiligung der Beschäftigten am Sagen und Haben durch Mitbesitz und Mitbestimmung und stärkt die Investitionskraft der Unternehmen.

... durch die Gleichstellung der Frauen

Wir wollen die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt durchsetzen. Sie ist eine zentrale Aufgabe der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Obwohl der Wirtschaft viele Fachkräfte fehlen, haben die Frauen auf dem Arbeitsmarkt geringere Beschäftigungschancen. Das spüren vor allem die Frauen in Ostdeutschland, die vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, und Selbständigkeit und Lebensqualität verlieren.

Wir wollen gesetzliche Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen.

Wir wollen gesetzliche Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Schon bei der Berufswahl wollen wir den jungen Frauen die gleichen Chancen wie jungen Männern eröffnen. Sie sollen nicht in sogenannte „frauentypische“ Berufe abgedrängt

werden, sondern Zugang zu allen zukunftssicheren Berufen haben. Deshalb streben wir in den Betrieben eine Quotierung der Ausbildungsplätze an. Wir werden unsere Wirtschaftsförderung an qualifizierte Arbeitsplätze und frauenfördernde Maßnahmen binden. Wir werden eine Frauenquote bei allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten einführen, entsprechend dem Anteil von Frauen an der Arbeitslosigkeit. Wir werden unseren Gleichstellungsgesetz-Entwurf erneut vorlegen, damit der Prozeß von formaler Gleichberechtigung zur wirklichen Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen endlich beschleunigt wird.

... durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen

Um neue wetbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, werden wir die steuerlichen Fördermaßnahmen für private Investitionen verbessern. Dabei werden wir günstige Abschreibungsbedingungen bzw. Investitionszulagen vorsehen. Zu fördern sind vor allem private Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung und

Wir werden günstige Abschreibungsbedingungen bzw. Investitionszulagen vorsehen.

Entwicklung, Umweltschutz, Rohstoff- und Energieeinsparung, alternative Energien. Wir halten eine Gewerbesteuerreform für erforderlich, um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken und die

Einnahmenstruktur der Kommunen zu verbessern. Die Gewerbesteuerreform muß im Einvernehmen mit der Wirtschaft und den Städten und Gemeinden verwirklicht werden.

Um die private Investitionstätigkeit zu stärken, müssen die Genehmigungsverfahren gestrafft und vereinfacht werden.

... durch eine Stärkung des wirtschaftlichen Mittelstandes

Die kleinen und mittleren Unternehmen sind in den letzten Jahren immer mehr zu einem Stiefkind der Wirtschafts- und Finanzpolitik geworden. Wir werden uns viel stärker den berechtigten Anliegen des wirtschaftlichen Mittelstandes zuwenden. In den alten Ländern stellen die kleinen und mittleren Unternehmen mehr als die Hälfte der Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Sie sind wichtig für wirtschaftliche Innovationen und Flexibilität. Auch in den neuen Ländern muß der Mittelstand zum Motor für Innovation und für den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaftsstruktur werden. Unser Land braucht eine neue Gründerwelle.

Unser Land braucht eine neue Gründerwelle.

Wir werden dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft und für Existenzgründungen verbessert werden. Dazu gehören vor allem mehr Berechenbarkeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine

Entbürokratisierung auf allen staatlichen Ebenen. Wir werden die Bereitstellung von Risikokapital für junge, kapitalintensive Technologieunternehmen verbessern. Den mittelständischen Unternehmen muß der Gang an die Börse erleichtert werden. Wir werden die industrielle Gemeinschaftsforschung für die Unternehmen stärken, die keine eigenen Forschungskapazitäten vorhalten können. Wir werden Personalkostenzuschüsse gewähren, um kleinen und mittleren Unternehmen die Einstellung von Forschungspersonal zu ermöglichen. Wir werden diese Unternehmen auch bei der Erschließung von Auslandsmärkten unterstützen. Wir werden einen wirksamen Mieterschutz für Geschäftsräume mittelständischer Handwerker und Einzelhändler schaffen.

Ausbildung und berufsbegleitende Qualifizierung in der mittelständischen Wirtschaft müssen verbessert werden.

Das Handwerk leistet einen ganz entscheidenden Beitrag für die berufliche Ausbildung und damit für die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Selbständigen. Wir werden die Aufstiegsförderung für angehende Handwerksmeister und -meisterinnen verbessern und die überbetriebliche Aus- und Weiterbildung ausbauen.

Vor allem für Ostdeutschland werden wir die Mittelstandsförderung in überschaubare, wirksame Instrumente zusammenfassen und auf gewerbliche Betriebe und produktionsnahe Dienstleister

konzentrieren. Ausbildung und berufs begleitende Qualifizierung in der mittelständischen Wirtschaft müssen verbessert werden. Dabei muß die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen durchgesetzt werden.

„durch eine Technologie-, Innovations- und Bildungs-offensive“

Allgemeine berufliche Bildung und Hochschulausbildung, Weiterbildung und Forschung sind entscheidende Elemente unserer Strategie zur dauerhaften Sicherung der Arbeitsplätze und zur Bewältigung des Strukturwandels. Unsere Forschungs- und Technologiepolitik wird als Grundpfeiler einer marktwirtschaftlichen Industriepolitik die technologische und ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft vorantreiben und so Arbeitsplätze erhalten und schaffen. Zur Erreichung dieser Ziele werden wir im Bundeshaushalt neue Prioritäten zugunsten von Bildung und Wissenschaft, Forschung und Kultur setzen, gerade auch für Einrichtungen in den neuen Ländern.

Wir werden die zentralen Aufgaben staatlicher Forschungspolitik wieder zum Inhalt der Forschungsförderung machen.

Wir werden die zentralen Aufgaben staatlicher Forschungspolitik wieder zum Inhalt der Forschungsförderung machen. Sie soll die Wettbewerbsfähigkeit erhalten, die Lebens- und Arbeitsbedingungen

verbessern, Gesundheit und Umwelt schützen und technische Risiken beherrschbar machen. In den Zukunftsbereichen der Technologie am Beginn des 21. Jahrhunderts, u.a. bei Informations- und Kommunikationssystemen, in der Bio- und Gentechnik, bei neuen Werkstoffen und in der Mikrosystemtechnik, werden wir Forschung und Entwicklung verstärken, vor allem die interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern und auf eine sorgfältige Technikfolgenabschätzung achten. Wir wollen erreichen, daß der Investitionsrückstand der Universitäten und Hochschulen der neuen Länder gegenüber den Hochschuleinrichtungen der alten Länder aufgeholt wird.

Wir werden ein großangelegtes Konzept zum Aufbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur entwickeln. Damit erleichtern wir das Entstehen neuer Dienstleistungen, vor allem im Software-Bereich. Wir werden dafür sorgen, daß die modernen Datenautobahnen allgemein zugänglich sind, sie systematisch für moderne Lernsysteme genutzt werden und der Datenschutz gesichert wird. Bei der Gestaltung dieser technologiepolitischen Vision muß der Staat seine Vermittlungskompetenz einsetzen. Die Deutsche Bundespost Telekom werden wir auch unter neuen Bedingungen als international konkurrenzfähiges Unternehmen der Telekommunikation erhalten und weiterentwickeln.

Die wirtschaftliche Umsetzung von Forschungsergebnissen muß beschleunigt werden. Dazu werden wir den Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen ausbauen. Besonders kleinen und mittleren Unternehmen muß der Zugang zu neuen

Technologien erleichtert werden. Ein Schwerpunkt wird dabei die Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen sein. Der Umweltechnik und Umweltforschung werden wir eine hohe Priorität einräumen. Neue technische Lösungen und logistische Konzepte

Die wirtschaftliche Umsetzung von Forschungsergebnissen muß beschleunigt werden.

müssen helfen, die Beeinträchtigungen von Mensch und Umwelt durch den Verkehr abzubauen. Produkte, Produktionsprozesse, Infrastrukturen und die Energiesicherung sind in Richtung einer Kreislaufwirtschaft auf hohem Wohlstandsniveau weiterzuentwickeln. An die guten Ergebnisse der Programme „Humanisierung des Arbeitslebens“ und „Technikfolgenabschätzung“ wollen wir anknüpfen.

Alle jungen Menschen bedürfen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht – einer Bildung und Ausbildung, die sie fördert und fordert. Wir brauchen leistungsfähige und auf die Gleichstellung von Frau und Mann ausgerichtete Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Bei der beruflichen, zielgruppengerechten Aus- und Weiterbildung in Unternehmen, Verwaltungen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Berufs- und Hochschulen müssen Staat und Wirtschaft enger zusammenarbeiten. In Ostdeutschland geht es aber nicht nur um ein ausreichendes Ausbildungsangebot, sondern auch um die Garantie der Aus- und Weiterbildung für Berufe und Fertigkeiten in innovativen Branchen der Zukunft.

Der Bund muß seine Verpflichtung beim Hochschulbau, insbesondere beim Ausbau der Fachhochschulen, wieder voll erfüllen. Dafür werden wir die notwendigen Mittel bereitstellen.

Wir werden dafür sorgen, daß die Bedarfssätze und Freibeträge beim BAföG regelmäßig angepaßt werden. Unser Land kann es sich nicht leisten, die Intelligenz, Motivation und Leistungsfähigkeit der Kinder aus Familien mit geringem Einkommen zu vernachlässigen.

Bedarfssätze und Freibeträge beim BAföG müssen regelmäßig angepaßt werden.

Wir sehen die deutschen Hochschulen als Stätten des Austausches rationaler Argumente und werden dafür sorgen, daß sie ein freiheitlicher Platz für den offenen Diskurs bleiben. Unsere Wissenschaftspolitik wird das Erstklassige systematisch und gezielt fördern sowie der Grundlagenforschung den ihr zukommenden wichtigen Platz einräumen. Die Benachteiligung von Frauen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich werden wir gezielt abbauen.

„durch eine Förderung der Ausbildung“

Wir wollen alles dafür tun, daß junge Menschen ein Ausbildungsangebot bekommen und ausgebildete Fachkräfte einen Arbeitsplatz finden. Wir werden der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Betrieben und Berufsschulen

gleichen Rang verschaffen wie der akademischen Bildung. Eine ausreichende Zahl qualitativ einwandfreier Ausbildungsplätze in Betrieben, Verwaltungen und überbetrieblichen Berufsbildungsstätten ist ebenso wichtig wie moderne und gutausgestattete berufliche Schulen und Weiterbildungseinrichtungen.

Neue Techniken und weltweiter Wettbewerb der Unternehmen lassen die Nachfrage nach hochqualifizierten, kompetenten, flexiblen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schnell ansteigen.

Qualität und Quantität der Angebote in der beruflichen Aus- und Weiterbildung müssen erheblich verbessert werden.

Deshalb sind Aus- und Weiterbildung in einem differenzierten System der beruflichen Weiterbildung so miteinander zu verbinden und weiterzuentwickeln, daß qualifizierte Absolventinnen und Absolventen in Führungspositionen aufsteigen oder ein Studium aufnehmen können. Qualität und Quantität der Angebote in der beruflichen Aus- und Weiterbildung müssen erheblich verbessert werden. Hier sind die Unternehmen zu vermehrten Anstrengungen aufgerufen. Bund, Länder und Gemeinden müssen ihren Beitrag dazu leisten, Aus- und Weiterbildung zukunftsorientiert weiterzuentwickeln und hierfür die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir werden die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß unser System der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf die Herausforderungen der Zukunft eingestellt werden kann.

Deshalb werden wir eine Ausbildungsplatzinitiative ergreifen, mit der sowohl ausreichend Arbeitsplätze geschaffen als auch eine Übernahme nach

Wir werden eine Ausbildungsplatz-Initiative ergreifen.

der Ausbildung sichergestellt werden soll. Wenn nicht erreicht wird, daß im dualen System ausreichend qualifizierte Berufsausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, streben wir eine bedarfsorientierte Weiterentwicklung außerbetrieblicher Ausbildung an. Durch eine bundesgesetzliche oder tarifrechtlich abgesicherte Neuregelung muß dann gewährleistet werden, daß allen Jugendlichen qualifizierte Ausbildungsplätze angeboten werden können und ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsstellen langfristig gesichert wird.

... durch eine wiederernstgenommene Kulturpolitik

Kultur ist für uns kein Vorbehaltsgut für Eingeweihte; sie offenbart vielmehr die wesentliche Substanz, um die es in der Politik gehen sollte. Deswegen ist die Freiheit der Kunst für uns unantastbar. In der Kulturpolitik haben Länder, Städte und Gemeinden die größte Verantwortung zu tragen. Kulturelle Einrichtungen oder Projekte mit übernationaler Ausstrahlung müssen aber auch vom Bund gefördert werden. Wir bekennen uns zur kulturpolitischen Verantwortung des

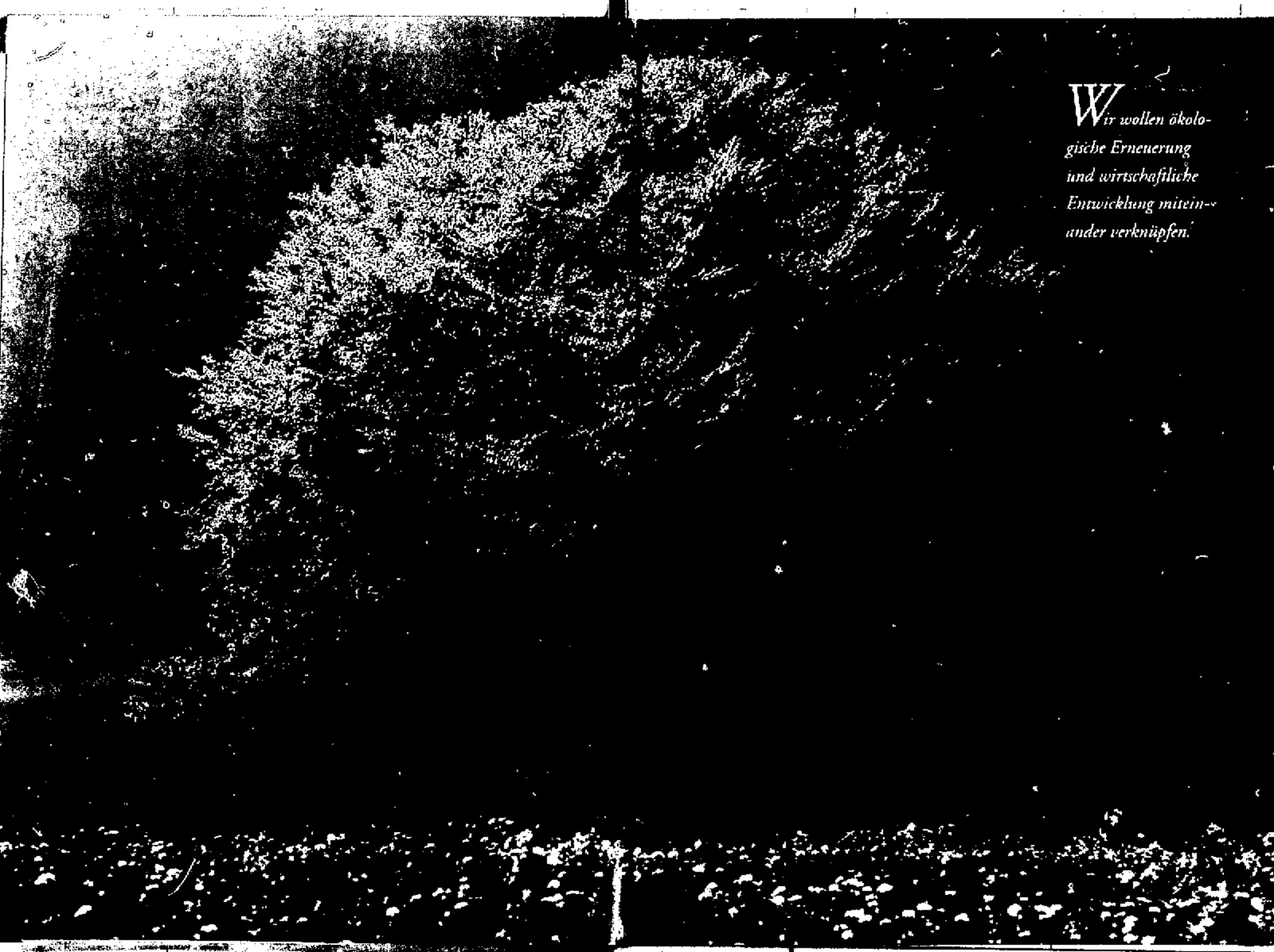


Bundes und werden uns dafür einsetzen, daß die Förderung kultureller Einrichtungen durch den Bund im Sinne einer gerechteren Verteilung neu geregelt wird. So werden wir dafür sorgen, daß sich der Bund an dem Erhalt von Kultureinrichtungen in Ostdeutschland wieder beteiligt. Wir wollen dafür sorgen, daß privates kulturelles Engagement für die Allgemeinheit sich durch günstigere staatliche Rahmenbedingungen besser entfalten kann.

Die Förderung kultureller Einrichtungen durch den Bund muß neu geregelt werden.

Die Kulturpolitik des Bundes darf nicht tatenlos zusehen, wie die große Tradition des deutschen Films versickert. Daher werden wir das unwirksam gewordene System der Filmförderung reformieren. Kulturwirtschaft insgesamt ist eine Wachstumsbranche, die Arbeitsplätze schafft.

Wir werden die Machtkonzentration in den Medien bekämpfen, die Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit allen Kräften verteidigen. Wir werden die Existenzbedingungen der Kultur unseres Landes gegenüber anderen nationalen Gemeinschaften und bei internationalen Verträgen wahren.



*Wir wollen ökolo-
gische Erneuerung
und wirtschaftliche
Entwicklung mitein-
ander verknüpfen.*

2. EINE SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GESELLSCHAFT

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die größte Gefahr für die gesamte Menschheit. Nur durch umweltgerechtes Verhalten und nachhaltiges Wirtschaften werden wir unserer Verantwortung für künftige Generationen gerecht. Wir wollen ökologische Erneuerung und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verknüpfen. Notwendig ist ein

Wir wollen ökologische Erneuerung und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verknüpfen.

innovativer, ökologischer Schub zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, um dem Fortschritt eine neue Richtung und ein neues Ziel zu geben. Die ökologische Erneuerung verbindet die Verbesserung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft und der Wettbewerbschancen der Unternehmen mit dem Schutz von Umwelt und Gesundheit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Der intelligente und sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen ist ökologisch geboten und wird sich auch wirtschaftlich auszahlen, wenn der Umweltschutz nicht mehr – wie bisher – am Ende von Produktion und Konsum ansetzt, sondern ökologische Ziele unmittelbar bei der Entwicklung und Gestaltung der Produkte berücksichtigt werden. Mit einer

neuen Umweltpolitik wollen wir den Wirtschafts- und Lebensstandort Deutschland sichern und verbessern.

... durch ein Umsteuern der Wirtschaft

Wir wollen die soziale Marktwirtschaft zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln. Angesichts der dramatischen Umweltschäden und -risiken muß Umweltpolitik die große Querschnittsaufgabe des staatlichen Handelns mit kooperativem Bezug zur Wirtschafts-, Industrie-, Verkehrs-, Landwirtschafts-, Energie-, Entwicklungs- und Außenpolitik werden. Sie muß zusammen mit den Nachbarländern vorangetrieben werden. Dabei muß die Bundesrepublik Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen.

Wir wollen die soziale Marktwirtschaft zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln.

Wir werden die Möglichkeiten der Umweltpolitik dazu nutzen, umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren durchzusetzen. Deshalb werden

wir klare Regelungen für eine ökologische Stoffwirtschaft aufstellen und Erzeugnisse fördern, deren Ausgangsstoffe in technische und biologische Kreisläufe zurückgeführt werden können. Dabei muß die Müllverbrennung auf ein Minimum beschränkt werden. Hierzu werden wir ein tatsächliches Kreislaufwirtschaftsgesetz vorlegen, das den Namen auch verdient, weil es nicht nur Abfallströme regelt, sondern auch Anforderungen an Stoffe und Produkte stellen soll. Wir werden die Verpackungsverordnung so überarbeiten, daß Mehrwegsysteme besser durchgesetzt werden können. Wir wollen die Abfallexporte konsequent unterbinden, weil im Grundsatz das Prinzip der nationalen Entsorgung gelten muß. Beschleunigen werden wir den ökologischen Wandel der Volkswirtschaft durch

Wir werden ein Forschungs- und Entwicklungsinstitut für zukunftsfähige Produkte einrichten.

ein verbessertes Umwelthaftungsrecht, erweiterte Produkthaftung und Produktverantwortung sowie durch ökonomische Anreize. Vortreiben werden wir sie in einem „Forum Zukunftsfähiger Produkte“, in dem Unternehmen und Gewerkschaften mit Wissenschaft und Politik gemeinsam die Rahmenbedingungen erarbeiten. Wir werden ein Forschungs- und Entwicklungsinstitut für zukunftsfähige Produkte, wie z.B. abbaubare, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Kunststoffe, einrichten. Den zielgerichteten Einsatz von Forschungsmitteln werden wir sicherstellen. Wir werden in enger Zusammenar-

beit mit der Wirtschaft die ökologische Unternehmensführung fördern und die Instrumente wie z.B. Produktökobilanzen, Öko-Audit, Produktlinienanalysen und Öko-Leasing weiterentwickeln.

Umweltbildung soll Bestandteil des Bildungs- und Wissenschaftssystems werden.

Mit einer ökologischen Steuerreform, deren Grundsätze wir schon mit unserem Programm „Fortschritt '90“ vorgestellt haben, wollen wir gleichzeitig die Umwelt verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dauerhaft stärken. Leitidee dieser Reform ist, einerseits die Arbeit zu entlasten und umweltverträgliches Verhalten zu fördern, andererseits den umweltschädlichen Energie- und Materialverbrauch in gleichem Umfang schrittweise auch durch Erhöhung der Preise einzuschränken. Bei dieser ökologischen Steuerreform werden wir ein längerfristig angelegtes, schrittweises und berechenbares Vorgehen wählen. Wir setzen auf den Dialog, an dem auf nationaler Ebene Wirtschafts- und Umweltverbände, aber auch die Tarifpartner zu beteiligen sind. Auf dieser Grundlage werden wir in eigener Verantwortung geeignete Schritte unternehmen. Da globale Umweltprobleme nur durch internationale Anstrengungen gelöst werden können, wollen wir unsere Partner in der EU dafür gewinnen, ebenfalls eine ökologische Steuerreform durchzuführen.

Mit der ökologischen Steuerreform schaffen wir marktwirtschaftliche Anreize für die Entwicklung energiesparender und umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren. Damit können weltweit Zukunftsmärkte erschlossen und viele international wettbewerbsfähige

Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden. Wir wollen z.B., daß die deutsche Automobilindustrie mit Benzinsparautos auf den Weltmärkten von morgen an der Spitze liegt.

Mit der ökologischen Steuerreform wollen wir marktwirtschaftliche Anreize schaffen.

Die Mittel der ökologischen Steuerreform werden wir für eine Entlastung bei Steuern und Abgaben sowie für ökologisch wichtige Investitionen verwenden.

Im Rahmen eines längerfristig angelegten, gesamtdeutschen Zukunftsinvestitionsprogramms werden wir ökologisch wichtige Investitionen verstärken und zeitlich vorziehen. Investitionsfelder dafür sind z.B. Klima- und Umweltschutz, Energieeinsparung, Maßnahmen zur Erhöhung der Energie- und Materialeffizienz, erneuerbare Energieträger und die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs werden wir Umschichtungen innerhalb des Verkehrshaushalts vornehmen.

... durch eine neue Energiepolitik

Wir wollen mit Energie sparsamer umgehen, die Energieversorgung ökologisch modernisieren, Klima- und Umweltschutz fördern, die Versorgungssicherheit gewährleisten und die Kernenergienutzung beenden. Mit diesen Zielen streben wir einen neuen Energiekonsens an.

Wir halten an dem Ziel des Ausstiegs aus der Kernenergie fest, weil Reaktorkatastrophen nicht mit Sicherheit auszuschließen sind, die Entsorgung des Atom- mülls weltweit nicht gesichert ist und die Gefahr des internationalen Handels mit waffenfähigen Kernbrennstoffen wächst. Wir werden aus der Atomenergie aussteigen und das Atomgesetz durch ein fortentwickeltes Kernenergieabwicklungsgesetz ersetzen. Wir lehnen den Neu- oder Ersatzbau von Kernkraftwerken ebenso ab wie den Einstieg in eine neue Kernkraftwerksgeneration. Wir wollen das Problem der Entsorgung des radioaktiven Abfalls lösen. Dabei lehnen wir die Wiederaufarbeitung als zu gefährlich und zu teuer ab und treten für die direkte Endlagerung ein. Hierzu müssen in Deutschland Standorte in verschiedenen geologischen Formationen untersucht werden. Die Entsorgung des radioaktiven Abfalls muß in nationaler Regie erfolgen.

Wir wollen unsere Anstrengungen für den Ausstieg aus der Atomenergie mit einer Politik von alternativen Angeboten und Anreizen verbinden, die zur kurzfristigen Stilllegung der gefährlichsten Atomkraftwerke bei unseren östlichen Nachbarn führen kann.

Wir werden ein nationales Klimaschutzprogramm vorlegen. Unser Ziel ist, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um mindestens ein Viertel zu verringern. In einem ersten Schritt zu einer neuen, besseren Energieversorgung wollen wir regenerative Energieformen und rationellen Energieeinsatz voranbringen und dafür ein Investitionsprogramm aufstellen. Mit diesem Programm werden wir die Kraft-Wärme-Koppelung, die Sanierung und den Ausbau der Nah- und Fernwärme in

Ost- und Westdeutschland sowie die Markteinführung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Sonnenstrahlung, der Wind- und Wasserkraft und der

Wir werden ein nationales Klimaschutzprogramm vorlegen.

Biomasse, fördern. Wir werden deshalb das Stromeinspeisegesetz für erneuerbare Energien verbessern und auf Strom aus Kraft-Wärme-Koppelung ausweiten, administrative Genehmigungshindernisse beseitigen, durch eine Änderung von Baugesetzen die passive und aktive Sonnenenergienutzung vorantreiben. Bei den öffentlichen Gebäuden und im sozialen Wohnungsbau werden wir beispielhaft die ökologische und energiesparende Bauweise voranbringen. Die Solarzellen-Technologie werden wir durch ein 100.000-Dächer-Programm fördern. In der Forschungspolitik und in der Entwicklungshilfe werden wir den erneuerbaren Energien Priorität geben.

Die Solarzellen-Technologie werden wir durch ein 100.000-Dächer-Programm fördern.

Mit dieser Initiative schaffen wir eine neue Grundlage für eine umweltverträgliche Energieversorgung, für neue industrielle Arbeitsplätze und für eine internationale technologische Spitzenstellung bei diesen Zukunftstechniken. Da erneuerbare Energien heimische Energieträger sind, erhöhen wir damit auch die Versorgungssicherheit.

Innerhalb der EU setzen wir uns für eine Veränderung des forschungspolitischen Schwerpunktes von der Fusionforschung auf erneuerbare Energien sowie für ein europäisches Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien ein.

Auch für eine ökologisch ausgerichtete Wirtschaftsweise bleibt die sichere Versorgung mit Energie die wesentliche Voraussetzung für ein stetiges Wachstum. Deshalb setzen wir uns für einen dauerhaften Beitrag der heimischen Stein- und Braunkohle zur Energieversorgung ein.

Die konventionellen Kraftwerke sind zu modernisieren.

Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle zu groß wird. Deshalb verlangen wir einen effizienten und umweltverträglichen Einsatz der heimischen Steinkohle, für den die 1991 bei der Kohlerunde festgelegte Fördermenge über das Jahr 2000 hinaus finanziell abgesichert wird. Die erforderlichen Mittel für den Strukturwandel in der Energieversorgung werden wir in Zukunft für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit sowie für Energiesparmaßnahmen und für die Förderung erneuerbarer Energien verwenden.

Die Energieunternehmen werden wir auf den Vorrang des Energiesparens und auf effiziente Umweltechnologie verpflichten. Die konventionellen Kraftwerke sind zu modernisieren. Wir wollen die ökologische Sanierung des ostdeutschen Braunkohletagebaus und die Beseitigung der Altlasten zügig durchsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit dieses

Energieträgers zu sichern und die Umwelt zu schonen. Wir brauchen eine Reform des energiewirtschaftlichen Rahmens, insbesondere ein neues Energiegesetz für eine an Ressourcenschonung und Umweltschutz orientierte Energieversorgung.

Beim Stromverbrauch kann erheblich gespart werden, schon allein durch die energietechnische Verbesserung von Geräten. Gleichzeitig werden neue Arbeitsplätze geschaffen und vorhandene gesichert.

Natwendig ist internationale Zusammenarbeit, z.B. bei der Erhaltung funktionsfähiger Öl- und Gaspipelines auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Wir sind bereit, die Beteiligung deutscher Energiewirtschaftsunternehmen und der Stahlindustrie durch Bürgschaften zu unterstützen.

durch eine nachhaltige Reduzierung der Umweltbelastungen

Umwelt und Gesundheit gehören zusammen. Danach werden wir uns richten. Schadstoffe in der Umwelt und in Lebensmitteln führen zum Entstehen vieler, insbesondere chronischer Krankheiten. Vor allem Kinder leiden an Allergien,

Wir werden ein Programm „Kind, Gesundheit und Umwelt“ verwirklichen.

Asthma oder Neurodermitis. Deshalb werden wir ein umfassendes Programm „Kind, Gesundheit und Umwelt“ verwirk-

lichen. Dazu streben wir deutlich niedrigere Grenzwerte für Schadstoffbelastungen in Luft, Boden, Wasser und Lebensmitteln an. Insbesondere in Ostdeutschland sind darüber hinaus Umwelthalten, so die Folgeschäden des Uranerzbergbaus in Sachsen und Thüringen, und Flußsysteme zu sanieren. Dort muß auch rasch für eine umweltgerechte Abwasserentsorgung und eine bessere Trinkwasserqualität gesorgt werden.

Die Verbraucherpolitik muß wieder den ihr in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gebührenden Stellenwert erhalten.

durch eine verantwortungsbewußte Agrarpolitik

Ziel unserer Agrarpolitik ist eine wettbewerbsfähige, sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft, die die Bevölkerung mit frischen, gesunden und hochwertigen Lebensmitteln versorgt und nachwachsende Rohstoffe liefern kann. Wir wollen eine Agrarpolitik, die das Überleben der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft im Westen ermöglicht, aber auch den historisch bedingt völlig anderen Betriebsstrukturen im Osten Rechnung trägt und beiden eine verlässliche Zukunftsperspektive eröffnet. Die Landwirtschaft trägt als Wirtschaftszweig in vielfacher Weise zum Leben in den Regionen bei. Für den Erhalt der Kulturlandschaft ist sie unverzichtbar. Die Zukunft der ländlichen Räume hängt jedoch vor allem von einem funktionierenden Arbeitsmarkt ab. Durch eine bessere Vernetzung der verschiedenen politischen Maßnahmen werden wir uns besonders

für die Zukunft des ländlichen Raumes einsetzen. Wir werden dafür eintreten, der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum wieder eine Perspektive zu geben.

Die Landwirtschaft muß sich an die veränderten Bedingungen der Agrar- und Umweltpolitik anpassen.

Die Landwirtschaft in Ost und West muß sich an die veränderten Rahmenbedingungen der Agrar- und Umweltpolitik anpassen. Dabei werden wir sie unterstützen. Für Hölzer, die aus waldzerstörenden Einschlägen in tropischen und nördlichen Ländern stammen, muß es ein EU-weites Importverbot geben. Außerdem ist eine Positivkennzeichnung für Hölzer aus nachhaltiger Bewirtschaftung einzuführen. In der Strukturpolitik wollen wir zur Erreichung von Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt mehr Flexibilität und dadurch einen sozialverträglichen Strukturanpassungsprozeß fördern. Wir wollen finanzielle Hilfen von einer artgerechten, flächengebundenen Tierhaltung sowie einer nachhaltig umweltverträglichen Wirtschaftsweise abhängig machen. Wir wollen neue Formen der Zusammenarbeit. Insbesondere gilt es, die Vermarktungsstrukturen wettbewerbsfähig zu machen. Hierzu müssen die wachsenden Anforderungen an Qualität, Produktionsdiversifizierung und neue Angebots- und Absatzformen im Vordergrund stehen. Eine von der SPD geführte Bundesregierung wird sich in der Europäischen Union für eine qualitätsorientierte Weinbaupolitik ein-

setzen, die die regionale Eigenart der verschiedenen Weinbaugebiete erhält. Die Entwicklung regionaler und für Anbieter und Verbraucher transparenter Marktzusammenhänge ist zu fördern.

In den neuen Ländern setzen wir auf Chancengleichheit aller Betriebsformen, bei der Privatisierung bisheriger volkseigener Flächen und Betriebe sowie in der Förderung. Die umstrukturierten früheren Produktionsgenossenschaften dürfen bei der Altschuldenfrage nicht länger benachteiligt werden. Wir treten für eine Wertberichtigung der Altschulden ein.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird die gegenwärtige Politik der Marktentlastung, die wesentlich auf Flächenstilllegung setzt, nicht fortsetzen. Sie höhlt das Selbstverständnis der Landwirte aus und führt zur Verödung der Kulturlandschaft.

Wir setzen auf eine Politik flächendeckender Landbewirtschaftung.

Wir setzen auf eine Politik flächendeckender Landbewirtschaftung. Durch weitestgehende Extensivierung wollen wir die Böden und Gewässer schützen und die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen erhalten.

Wir wollen, daß Markt- und Umweltentlastungen zu gleichrangigen Zielen der Agrarpolitik werden. Ökologische Leistungen der Landwirte, die über gesetzte Umweltstandards hinausgehen, müssen von der Gesellschaft honoriert werden. Wir werden dazu in Abstimmung mit den Ländern ein vernetztes Biotopverbundsystem entwickeln.

... durch einen aktiven Naturschutz

Aktiver Naturschutz ist für uns ein Kernstück der Umweltpolitik. Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparks erhalten Lebensräume für Tiere und Pflanzen und bewahren die Artenvielfalt. Wir wollen ein großräumiges Biotopverbundsystem schaffen. 10% der Fläche in den Ländern sollen für den Naturschutz ausgewiesen werden. Naturschutz ist Boden- und Gewässerschutz.

Naturschutz ist Boden- und Gewässerschutz.

Wir werden dafür die gesetzlichen Grundlagen verbessern – durch Änderung des Gesetzes zur Agrarstruktur und zum Küstenschutz, des Düngemittel-, Pflanzenschutz- sowie Naturschutzgesetzes. Wir werden die Verbandsklage im Naturschutzgesetz verankern und damit die Mitwirkungsrechte der anerkannten Natur- und Umweltverbände stärken. Mit einem Bodenschutzgesetz soll der Boden in seiner Funktionsfähigkeit erhalten bzw. wiederhergestellt werden. Außerdem werden wir ein Stickstoffminderungsprogramm durchsetzen.

Wir werden auch den Tierschutz voranbringen. Er kommt in die Verantwortung des Umweltministeriums. Wir wollen das Tierschutzrecht verbessern, den Tierschutz im Grundgesetz verankern und die Defizite bei der Umsetzung des Tierschutzrechts abbauen. Wir fordern, die EU-Subventionen für Lebendtiertransporte zu streichen.

... durch eine neue Verkehrspolitik

Verkehrspolitik ist auch Teil einer aktiven Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Umwelt- und Raumordnungspolitik. Heute muß der Autoverkehr einen zu großen Teil des Transports von Personen und Gütern bewältigen. Das führt zu Schäden und Staus. In den Städten sieht das jeder. Diese Probleme lassen sich nicht durch Patentrezepte lösen, auf keinen Fall durch immer mehr Straßen. Wir wollen die Subventionierung des Luftverkehrs, wie z.B. die Steuerfreiheit des Flugbenzins, europaweit abbauen.

Die Verkehrsprobleme lassen sich nicht durch immer mehr Straßen lösen.

Notwendig ist ein Gesamtverkehrssystem, das alle Verkehrswege – Straße, Schiene, Wasser, Luft, Informationsnetze – miteinander verbindet und den Erfordernissen der Umweltschonung, der Energieeinsparung, der Sicherheit, der Wirtschaftlichkeit und der Wettbewerbsgleichheit Rechnung trägt. So kann der Anteil des Autos an der Verkehrsleistung langfristig zurückgehen.

Wir wollen in der Verkehrspolitik die vorhandene Infrastruktur besser nutzen. Ein Innovationsprung ist die bessere Nutzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur mit den technologischen Möglichkeiten der Telematik. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß digitale Verkehrsinformationen

ab 1996 verfügbar sind. Digitale Verkehrsinformationen erleichtern die informationelle Vernetzung des Autos mit anderen Verkehrsmitteln. Sie sind sowohl im überörtlichen Verkehr als auch problemgerecht in den Städten nutzbar.

Das 3-Liter-Auto soll keine Vision bleiben.

Wir werden uns für eine europaweite Regelung zur Senkung der Emissionen und des Energieverbrauchs des Autos einsetzen. Das gilt auch für den Luftverkehr. Dazu sind einheitliche Normen, zuverlässige Meß- und Kontrollverfahren und einheitliche Abgabensysteme nötig. Wir wollen von der Automobilindustrie ein breites Angebot von verbrauchsarmen Autos. Das Auto, das drei Liter verbraucht, soll keine Vision bleiben.

Das Auto wird in überschaubarer Zukunft das meistgenutzte Verkehrsmittel bleiben. Das Auto darf weder verteufelt noch vergöttert werden. Es gilt, attraktive Alternativen anzubieten: leistungsfähige und zuverlässige öffentliche Verkehrsmittel, umweltgerechte Autos und sichere Radwegenetze.

Verkehrspolitik und Automobilwirtschaft sind miteinander eng verflochten. Sie müssen sich abstimmen, um Beschäftigungsrisiken zu vermeiden. Wir unterstützen Strategien der Automobilunternehmen, sich zu Mobilitätsunternehmen weiterzuentwickeln. Wir wollen deshalb zuverlässige Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der Automobilwirtschaft. Sie sollen vor allem verbrauchsarme und umweltgerechte Autos und moderne Verkehrstechniken verabreden.

Die Städte müssen wieder lebenswerter und sicherer für die Menschen werden. Die Städte müssen wieder lebenswerter werden. Wir werden uns dem Problem der mangelnden Sicherheit im öffentlichen Raum, von dem Frauen im besonderen Maße betroffen sind, verstärkt annehmen. Wir wollen die Gestaltungs- und Planungskompetenzen von Frauen in allen Planungs- und Umsetzungsphasen einbeziehen. Wir werden die Umgestaltung des öffentlichen Raums zugunsten von Fußgängern, Fahrrädern und öffentlichen Verkehrsmitteln fortsetzen. Dazu gehört Tempo 30 km/h in Wohngebieten. Auf Bundesautobahnen brauchen wir eine Begrenzung der Geschwindigkeiten. Wir streben dazu eine europäische Harmonisierung (auf der Grundlage der Beschlüsse des Europäischen Parlaments) an. Diese Harmonisierung muß Möglichkeiten einer verkehrs- und umweltgerechten Ausgestaltung enthalten.

Die Städte müssen wieder lebenswerter werden.

Mit mehreren Personen besetzten Pkws werden wir auf geeigneten Straßen in der Straßenverkehrsordnung Vorrang einräumen.

Autofahren ist teuer – für alle. Kfz- und Benzinsteuern decken nur einen Teil der gesellschaftlichen Kosten des automobilen Verkehrs einschließlich seiner Umweltschäden. Den Rest zahlt die Allgemeinheit. Das kann nicht so bleiben: Den einzelnen Verkehrsträgern müssen die Kosten zugerechnet werden, die sie tatsächlich verursachen. So wird umweltbewusstes

Verhalten belohnt. Das eröffnet auch Finanzierungsspielräume für die Förderung umweltschonender Verkehrsmittel. Die Ersetzung der derzeit geltenden Kilometerpauschale durch eine einheitliche Entfernungspauschale schafft zusätzliche steuerliche Anreize zum Umsleigen auf öffentliche Verkehrsmittel.

Kfz- und Benzinsteuer decken nur einen Teil der gesellschaftlichen Kosten des automobilen Verkehrs und seiner Umweltschäden.

Die Ausgaben für den Bundesfernstraßenneubau in Westdeutschland und die Förderung des kommunalen Straßenneubaus werden wir vermindern und die eingesparten Gelder für ein verbessertes Angebot öffentlicher Verkehrsmittel einsetzen.

Mit der Bahnreform, von Bund und Ländern gemeinsam beschlossen, haben Bahn und Schiene einen großen Sprung nach vorn getan. Der Deutschen Bahn AG sichern wir die für ihre mittelfristigen Investitionsplanungen notwendigen Haushaltsmittel. Im Zuge der Regionalisierung muß das Leistungsangebot im Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn und der nicht bundeseigenen Bahnen sowie auf der Straße verbessert werden. Durch die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs werden Alternativen zum Auto geschaffen. In ländlichen Räumen ohne Schienenverkehr ist ein regelmäßiges Angebot auf der Straße zu sichern. Die Finanzierung der Infrastruktur und die betrieblichen

Leistungen der Verkehrsunternehmen sind zu trennen. Infrastrukturfinanzierung ist eine öffentliche Aufgabe.

Wir werden ein zukunftsgerichtetes Konzept zur aktiven Schifffahrtspolitik und zur Sicherung maritimer Industriestandorte und Industriezweige in Abstimmung mit den norddeutschen Bundesländern vorlegen. Dazu gehört die Fortführung der Wettbewerbshilfe für den Schiffbau zur Abwehr fernöstlicher Wettbewerbsverfälschung in Abstimmung mit der EU (bisher auf der Basis der 7. Europäischen Schiffbaurichtlinie). Neue Verkehrspolitik heißt auch: Die Vernetzung der Verkehrsträger im Schienen-, Straßen-, Luft- und Wasserverkehr zu einem integrierten Gesamtverkehrssystem, die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger sowie die Einbindung der Verkehrspolitik in eine vorausschauende

Das Leistungsangebot im Personennahverkehr muß verbessert werden.

und langfristig angelegte strukturpolitische Rahmenplanung. Bei der Einführung neuer spurgebundener Verkehrssysteme, z.B. der Magnetschwebbahn, ist die privatwirtschaftliche Finanzierung sicherzustellen. Vor allem im Güterverkehr müssen die Kosten gerecht angelastet werden: Dazu brauchen wir Vereinbarungen innerhalb der EU und mit Osteuropa. Um den Güterverkehr wirtschaftlicher und ökologischer zu machen, auch in Städten, werden wir eine „Regierungskommission Wirtschaftsverkehr“ berufen.

*Jedes Kind muß
dem Staat gleich viel
wert sein.*



3. EIN STABILER, LEISTUNGS- FÄHIGER SOZIALSTAAT ...

In einem demokratisch organisierten, modernen Staat ist soziale Sicherheit eine unverzichtbare, tragende Säule des gesamten Systems. Konservative halten den Sozialstaat für eine Verzierung, auf die man notfalls auch verzichten könne. Doch ohne soziale Sicherheit sind auf Dauer weder Menschenwürde noch Demokratie noch Freiheit noch innerer Frieden noch Wohlstand möglich. Deshalb wollen wir den Sozialstaat stabil und intakt halten. Das kann nur gelingen, wenn die Menschen Arbeit haben. Wir wollen dafür sorgen, daß die Menschen bei Krankheit, im Alter, bei Pflegebedürftigkeit gesichert sind, daß Familien mit Kindern auf eine familien- und kinderfreundliche Umgebung bauen können.

... durch eine kinderfreundliche Gesellschaft

Familien als Lebensgemeinschaften von Erwachsenen mit Kindern prägen weitgehend den Lebensweg jedes Menschen, sie entscheiden mit über seine Chancen und Möglichkeiten. Wir wollen sie schützen und fördern, wir wollen Benachteiligungen abbauen und materielle Belastungen ausgleichen. Alleinerziehende, Familien mit kranken oder behinderten Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen tragen große Lasten; sie brauchen besondere Hilfen.

Das unsoziale, bürokratische und undurchschaubare System des derzeitigen Kinderleistungsausgleichs hat die Wohlstandsschere zwischen Kinderlosen und den Familien immer weiter zu Lasten der Familien geöffnet. In unserem Land sind Kinder immer mehr zu einem Armutsrisiko geworden. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt kritisiert, daß die Familien mit Kindern in verfassungswidriger Weise zu hoch besteuert werden. Es hat

In unserem Land sind Kinder immer mehr zu einem Armutsrisiko geworden.

klargemacht, daß das Existenzminimum von Kindern und Erwachsenen freigestellt werden muß. Wir werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts unverzüglich umsetzen. Damit werden auch die Alleinerziehenden in Verbindung mit erhöhtem Kindergeld im Vergleich zum geltenden Recht deutlich bessergestellt.

Die mit der Existenz von Kindern verbundenen Kosten sollen gerechter als bisher auf alle verteilt werden. Der allgemeine Kinderleistungsausgleich muß das Existenzminimum des Kindes sichern. Er muß sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientieren und regelmäßig an ihre Entwicklung angepaßt werden. Wir werden eine Reform des Kinderleistungsaus-

gleichs mit der Verbesserung des Grundfreibetrages und mit der Steuervereinfachung verbinden.

Dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein. Deshalb wollen wir eine kräftige Erhöhung des Kindergeldes auf monatlich 250 DM für jedes Kind. Das ist ein erster entscheidender Schritt zu einem gerechteren Kinderleistungsausgleich. Dadurch wird sich vor allem die Lage der Familien mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar verbessern. Ab dem 4. Kind sollen die Familien mit zusätzlich 100 DM im Monat unterstützt werden. Diese Reform ist aufkommensneutral zu finanzieren: durch Ersetzung der ungerechten steuerlichen Kinderfreibeträge, bei denen Spitzenverdiener fast

Dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein: Deshalb 250 DM pro Monat, pro Kind.

dreimal besser abschneiden als geringverdienende Familien. Zugunsten der Kinder werden wir auch die überzogene steuerliche Begünstigung des Trauscheins bei hohen Einkommen begrenzen.

Das Kindergeld soll künftig unmittelbar vom Finanzamt als Abzug von der Steuerschuld berücksichtigt bzw. ausgezahlt werden. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger weniger Bürokratie und für die Verwaltung die Entlastung von unnötiger Doppelarbeit.

Familien mit Kindern brauchen ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum. Eigener Wohnraum soll durch einen einkommensunabhängigen Abzug von der Steuerschuld gefördert werden. Beim

Abzugsbetrag wollen wir ein Baukindergeld von 1.200 DM jährlich einrechnen – und das zehn Jahre lang. Aber auch der soziale Wohnungsbau für Familien mit Kindern muß stärker gefördert werden.

Wir halten am gesetzlich festgelegten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz fest bei angemessener Finanzierungsbeteiligung des Bundes und setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Tageseinrichtungen für alle Altersgruppen und Ganztagschulen ein.

Wir wollen ein Baukindergeld von DM 1.200 pro Jahr, zehn Jahre lang.

Die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen müssen im Rentenrecht angemessen berücksichtigt werden.

Kinder und Jugendliche müssen sich darauf verlassen können, daß ihnen eine zukunftsorientierte Ausbildung offensteht. Deshalb werden wir die Bedarfssätze und die Freibeträge beim BAföG regelmäßig anpassen.

„durch die Politik für die Jugend“

Politik muß sich wieder mehr als bisher den Anliegen der Jugendlichen zuwenden. Sie sollen stärker an den politischen Entscheidungen mitwirken können. Wir wollen Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitwirkung an den sie betreffenden Entscheidungen schaffen – u.a. im Rahmen einer Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Die Umbrüche dieser Zeit treffen Jugendliche und junge Erwachsene in besonderer Weise. Sie fragen nach ihrer beruflichen Perspektive und nach der Sicherung ihres Arbeitsplatzes. Hier müssen Wirtschaft und Politik gemeinsam handeln: Wir brauchen eine Offensive

Wir werden die Bedarfsätze und die Freibeträge beim BAföG regelmäßig anpassen.

für mehr Ausbildungsplätze. Die Übernahme aller Ausgebildeten für mindestens sechs Monate – wie in den Tarifverträgen der metallverarbeitenden Industrie und im öffentlichen Dienst vereinbart – ist ein Schritt in die richtige Richtung. Unser Ziel bleibt die dauerhafte Übernahme in ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis. Die Möglichkeiten der Tarifpolitik und der öffentlichen Förderung müssen

Wir brauchen eine Offensive für mehr Ausbildungsplätze.

zur Sicherung von Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen umfassend genutzt werden.

Wir werden Maßnahmen für Mädchen zur Erweiterung des Berufsspektrums und zur Erleichterung beim Übergang von Schule/Ausbildung in den Beruf ergreifen.

Jugendarbeit muß offen und flexibel auf die Probleme der jungen Menschen eingehen. Die Jugendverbände tragen in besonderem Maße zur Herausbildung demokratischer Wertorientierung bei.

Wer will, daß junge Menschen ein tolerantes Miteinander lernen, muß politische Bildung in der Jugendarbeit unterstützen. Wir unterstützen freiwilliges Engagement in Angeboten wie etwa dem Sozialen und Ökologischen Jahr. Wir fördern dieses Engagement durch ein Bündel sozialer, rechtlicher und materieller Leistungen.

Die Erziehung zur Partnerschaft zwischen Mann und Frau muß grundlegender Bestandteil der Jugendarbeit sein. Dieser Erziehungsauftrag richtet sich gleichermaßen an Jungen wie an Mädchen. Mädchenarbeit muß in die Präambel des Bundesjugendplans aufgenommen werden mit der klaren Zielsetzung, Selbständigkeit und Selbstverwirklichung über die Stärkung weiblicher Identität und weiblicher Selbstbewußtseins zu fördern. Dabei sind neben der besonderen Lebenslage von Mädchen auch multikulturelle Aspekte zu berücksichtigen. Mädchenarbeit muß sich in allen Einzelförderrichtlinien des Bundesjugendplans wiederfinden. Dies gilt auch für die Entwicklung neuer Konzepte zur emanzipatorischen Jungenarbeit.

Kinder- und Jugendarbeit braucht überall in Deutschland leistungsfähige Einrichtungen. Wir werden den Kinder- und Jugendplan des Bundes mit dem Ziel

Die Erziehung zur Partnerschaft zwischen Mann und Frau muß grundlegender Bestandteil der Jugendarbeit sein.

ausbauen, als Beitrag zur politischen Bildung die notwendige Infrastruktur der Kinder- und Jugendförderung auf Bundes-

ebene zu gewährleisten und damit insbesondere die Jugendarbeit in den neuen Bundesländern und die Jugendverbände zu fördern. Der Eigenverantwortlichkeit und der Vielfalt freier Träger wollen wir Rechnung tragen.

Auch ausländische Kinder und Jugendliche bedürfen unserer Förderung. Sie müssen Lebenswelten vorfinden, die

Mädchenarbeit muß sich in allen Förderprogrammen des Bundesjugendplans wiederfinden.

ihnen gleichberechtigte Chancen bieten. Das Ausländerrecht muß so geändert werden, daß auch junge ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger Angebote und Leistungen der Jugendhilfe in Anspruch nehmen können, ohne daß daraus ein Ausweisungsgrund abgeleitet werden kann.

Auch ausländische Kinder und Jugendliche bedürfen unserer Förderung.

Viele junge Menschen haben den Wunsch, selbständig zu wohnen. Wenn junge Menschen in Selbsthilfeprojekten Wohnraum schaffen, wollen wir sie unterstützen. Öffentliche Stellen können hier mit Grundstücken und ungenutzten Immobilien helfen.

Wir werden die Dauer des Zivildienstes auf die Dauer des allgemeinen Wehrdienstes verkürzen.

*„durch ein Zukunfts-
bündnis mit den Älteren“*

In unserer Gesellschaft leben immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen. Die Gesellschaft insgesamt wird älter.

Mit dieser Entwicklung sind Chancen und Risiken verbunden. Wir wollen durch unsere Politik Risiken eingrenzen und Chancen nutzen. Zukunft gewinnen wir nur im Bündnis mit den Älteren.

Gewohnte Altersbilder erweisen sich als überholt. Die Formel alt gleich arm und krank stimmt so nicht mehr. Die Älteren sind heute materiell besser gesichert als früher, sie sind gesünder und aktiver.

Zukunft gewinnen wir nur im Bündnis mit den Älteren.

Neue Initiativen Älterer bereichern Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft und sollen von der Politik gefördert werden.

Die Älteren sollen ihre Interessen vorrangig selbst vertreten. Die SPD setzt sich dafür ein, die Mitwirkungschancen der Älteren auszubauen. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird Verbände und Organisationen der Älteren als Gesprächspartner und Gestaltungskräfte ernst nehmen und in Planungen und Entscheidungen einbeziehen. Für die Fortschreibung der Altenberichterstattung sollen in Zukunft Stellungnahmen und Anregungen der Interessenvertretungen der Älteren herangezogen werden.

Wir wollen verhindern, daß der Generationenvertrag und die Grundlagen

der sozialen Sicherung immer wieder in Frage gestellt werden. Ohne Solidarität geht es nicht. Sozialdemokratische Regierungspolitik wird sich darauf konzentrieren, das Vertrauen der älteren Bürgerinnen und Bürger in unseren Sozialstaat wiederherzustellen.

Ohne Solidarität geht es nicht.

Wichtige Aufgaben einer sozialdemokratisch geführten Regierung werden Abbau und Vermeidung von Altersarmut durch eine soziale Grundsicherung sein, ebenso wie die Durchsetzung von mehr Rentengerechtigkeit zwischen Männern und Frauen. Eine faire Chance zum Aufbau einer ausreichenden Alterssicherung wird es nur geben, wenn der Trend zur Verdrängung älterer Arbeitnehmer und der Frauen vom Arbeitsmarkt gestoppt wird.

Auch nach dem Inkrafttreten der Pflegeversicherung gehört die Altenpflege zu den Aufgaben mit hoher Priorität. Mehr und besser qualifiziertes Pflegepersonal wird benötigt, Pflegestandards in Ost und West müssen gesichert werden. Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, ist eine bundeseinheitliche Regelung der Ausbildung dringend erforderlich.

Ältere sind besonders auf ein sozial gerechtes und sicherndes Gesundheitswesen angewiesen. Medikation, Behandlung, Prävention für Ältere sind besser aufeinander abzustimmen. Der Auf- und Ausbau der altengerechten Rehabilitation kann Pflegebedürftigkeit verhindern oder hinausschieben.

Eine angemessene Wohn- und Wohnumfeldsituation ist für Ältere mehr als für andere Grundlage der Lebensqualität.

Eine vernünftige Wohnungspolitik fördert das Zusammenleben der Generationen und erhebt zugleich die Selbständigkeit und erhebt zugleich die Selbständigkeit der Lebensführung der älteren Menschen zum gestaltenden Prinzip, indem das barrierefreie Bauen und Wohnen allgemeine Grundlage des Städte- und Wohnungsbaus, insbesondere des öffentlichen und öffentlich gefördernten Bauens wird.

Die wissenschaftliche Erforschung des Alters und des Alterns hat in allen wichtigen Fächern Fuß gefaßt. Die gewonnenen Erkenntnisse über die Potentiale des neuen Alters müssen von einer weitsichtigen Politik ausgewertet und stärker gefördert werden. Neue koordinierte Forschungsanstrengungen liegen sowohl im Interesse der einzelnen als auch der Gesellschaft.

Pflegestandards in Ost und West müssen gesichert werden.

Alle Industrienationen sehen sich mit der Alterung ihrer Bevölkerungen konfrontiert. Je eher wir uns auf diese Situation vorbereiten, um so besser werden wir die damit verbundenen Probleme meistern. Wer rechtzeitig handelt, hat die besten Chancen.

... durch eine gerechte Wohnungsbaupolitik

Ausreichenden Wohnraum zu tragbaren Kosten zu schaffen, ist immer noch eine politische Aufgabe erster Ordnung. Millionen Menschen in Deutschland suchen eine Wohnung, mindestens

eine Million sind in akuter Wohnungsnot. Kinderreiche Familien müssen oft in menschenunwürdigen Verhältnissen leben.

Wir werden 200.000 Sozialwohnungen in zwei Jahren fördern.

Wir werden nach der Regierungsübernahme sofort handeln. In den ersten zwei Jahren werden wir den zusätzlichen Bau von jährlich 100.000 Sozialwohnungen mit langfristigen Bindungen fördern. Damit verstärken wir die Förderung in den Ländern. Bei diesem zusätzlichen Förderprogramm wird der Bund die für die gesamte Laufzeit der Förderung erforderlichen Zinsen übernehmen. Wir werden die Einkommensgrenzen der Einkommensentwicklung anpassen. Ferner muß berücksichtigt werden, daß Wohnungen gleichzeitig auch Arbeitsplätze von Frauen darstellen und daher bedürfnisgerecht zu gestalten sind.

Die Wohnbedürfnisse der Menschen haben sich geändert. Alle, Behinderte, Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Alleinstehende als Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt machen es erforderlich, beim Wohnungsneubau, beim Umbau und der Modernisierung von Wohnungen flexible Wohnungsgrößen, alten- und behindertengerechte Ausstattung und kinderfreundliche Gestaltung von Wohnungen zu berücksichtigen.

In Ostdeutschland werden wir verhindern, daß es wegen der Allschuldenregelung zu Privatisierungen mit zerstörerischen, sozial unverträglichen Wirkungen kommt. Der Privatisierungsdruck über die

progressive Erlösabführung wird beseitigt. Genossenschaftliches Wohneigentum ist gemeinschaftliches Privateigentum, das allenfalls an die Mitglieder der Genossenschaft veräußert werden kann. Die Ausgliederung neuer Genossenschaften aus kommunalen Wohnungsunternehmen wird der Privatisierung gleichgestellt. Auch auf diese Weise werden Erhalt und Gründung von Wohnungsgenossenschaften besonders unterstützt. Es wird das Vergleichsmietensystem mit für Ostdeutschland geeigneten sozialen Begrenzungen eingeführt. Das Wohngeldsondergesetz wird befristet verlängert.

Die Förderung der Eigenheime und Eigentumswohnungen werden wir sozial gerechter und wirksamer machen. Dafür wird die bisherige ungerechte steuerliche Begünstigung durch einen einkommensunabhängigen Abzug von der Steuer-

Der Privatisierungsdruck muß beseitigt werden.

schuld ersetzt. Auf diese Weise können schätzungsweise 30.000 Eigenheime und Eigentumswohnungen pro Jahr mehr gefördert werden als bisher. Diese Maßnahme wird wegen der niedrigeren Einkommen in Ostdeutschland besonders wirksam sein. Wir werden auch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen steuerlich wie Eigentum fördern.

Unsere Sofortmaßnahmen sind der Beginn einer grundlegenden Reform der Wohnungspolitik in Deutschland.

Wir wollen eine langfristige Verstärkung des jährlichen Wohnungsbaus auf hohem Niveau, auch um Arbeitsplätze



zu sichern. Dazu müssen Länder und Gemeinden ihre derzeitigen Anstrengungen beibehalten. Gebaut werden müssen Eigenheime, frei finanzierte, also steuerlich begünstigte Mietwohnungen, Genossenschaftswohnungen und öffentlich geförderte soziale Mietwohnungen in einem ausgewogenen Verhältnis. Wir wollen eine Wohnungspolitik, in der die Kräfte des Marktes und die Instrumente des Sozialstaates zusammenwirken. Der Markt, sich selbst überlassen, verdrängt die Schwachen in unwürdige Wohn- und Lebensverhältnisse, auf die Schattenseiten der Städte. Der Sozialstaat muß einfach,

Unsere Sofortmaßnahmen sind der Beginn einer grundlegenden Reform der Wohnungspolitik in Deutschland.

verständlich, gerecht und möglichst dezentral handeln. Das verlangt in der Wohnungspolitik Durchforsten und Vereinfachen der öffentlichen und steuerlichen Wohnungsbauförderung. Dabei müssen Ungerechtigkeiten beseitigt und Baukosten gesenkt werden. Das wollen wir mit einem Bundesrahmengesetz zur Wohnungsbauförderung erreichen. Darin werden wir die steuerliche und direkte Förderung harmonisieren, langfristige Belegungsbindungen im Wohnungsbau erhalten, eine sozial angemessene Miethöhe im Zusammenhang mit dem Wohngeld festlegen, bei deren Überschreitung der Staat helfen muß. Wir werden Hilfen für die energie- und wassersparende Modernisierung von Wohnungen vorsehen.

Wir werden ungerechte steuerliche Förderungen, insbesondere von Spekulationen, beseitigen und die so gewonnenen Steuermittel für die Förderung von mehr Wohnungen verwenden. Neubau und Erhalt des Bestandes werden wir konjunkturgemäß zeitlich verteilen.

Die Baukosten müssen gesenkt werden.

In Gebieten mit Wohnungsnot sollen die Städte und Gemeinden die Möglichkeit eines Verbotes der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und einer Grundsteuer C für baureife Grundstücke erhalten.

Wir werden eine Reform der Bodenordnung einleiten, die auch langfristig ein ausreichendes Angebot an Bauland sichert.

Auch das Mietrecht muß für Mieter und Vermieter einfacher und überschaubarer werden. Kern des sozialen Mietrechts bleibt der Kündigungsschutz, weil viele eine Mietwohnung dauerhaft als ihren Lebensmittelpunkt haben.

In allen Bundesländern wollen wir die Städtebauförderung neu beleben, um die historischen Kerne, aber auch Siedlungen der Nachkriegszeit erhalten zu können. Städtebauförderung dient der sozialen Stabilisierung und der ökologischen Verbesserung der Städte, es stärkt sie im Strukturwandel. In Ostdeutschland ist es eine wesentliche Aufgabe, auch die Siedlungen der Jahre zwischen 1949 und 1989, insbesondere die sogenannten Plattenbauten, sozial angemessen weiterzuentwickeln und damit nutzbar zu erhalten.

... durch eine solidarische Pflegeversicherung

Pflegebedürftigkeit ist ein allgemeines Lebensrisiko. In Deutschland leben ca. 2,5 Millionen pflegebedürftige Menschen. Mehr als zwei Millionen werden zu Hause betreut. Vor allem Frauen tragen die Last der Pflege und müssen aus diesem Grund oft auf eine Erwerbstätigkeit verzichten.

Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß das neue Pflegeversicherungsgesetz angemessene Leistungen enthält.

Die soziale Absicherung dieses Lebensrisikos war überfällig. Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß das neue Pflegeversicherungsgesetz, das am 1. Januar 1995 in Kraft treten wird, für die betroffenen Menschen angemessene Leistungen enthält. Wir haben zugleich verhindert, daß es zur Verletzung der Tarifautonomie und des kollektiven Arbeits- und Tarifvertragsrechtes mißbraucht wird, wie CDU/CSU und FDP dies wollten. Wir werden darüber hinaus unverzüglich sicherstellen, daß die dem Sozialversicherungsprinzip entsprechende Aufteilung der Beitragslast – gemeinsame hälftige Finanzierung durch Arbeitgeber und Beschäftigte – auch für die Pflegeversicherung in allen Bundesländern gilt. Dort, wo dieser Grundsatz nicht erfüllt ist, werden wir dafür die Voraussetzungen schaffen.

... durch den Ausbau der Rechte der Behinderten

Menschen mit Behinderung werden tagtäglich in vielen Lebensbereichen benachteiligt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Folgen der Behinderung weitmöglichst überwinden zu helfen. Unser Leitgedanke ist, daß allein Art und Schwere der Behinderung Maßstab der Hilfe sein muß. Das wollen wir in unserer Behindertenpolitik verwirklichen. Das Behindertenrecht werden wir weiterentwickeln und in einem eigenen Buch des Sozialgesetzbuches zusammenfassen. Wir treten dafür ein, ein Benachteiligungsverbot für Behinderte in das Grundgesetz aufzunehmen.

... durch ein modernes Gesundheitswesen, eine Reform der Alterssicherung und eine aktive Bekämpfung der Armut

Die Bürgerinnen und Bürger müssen im Krankheitsfall alle Leistungen erhalten, die sie zur Genesung benötigen. Dieser Grundsatz steht für uns nicht zur Disposition. Wir wollen, daß diese Leistungen solidarisch finanziert werden und lehnen daher die Privatisierung von gesundheitlichen Risiken entschieden ab. Dies gilt insbesondere für eine Aufspaltung des Leistungskataloges der Krankenversicherung in Wahl- und Regel-, Grund- oder Zusatzleistung.

Das Gesundheitsstrukturgesetz von 1993 trägt unsere Handschrift. Es hat die Ausgaben der Krankenversicherung stabilisiert und wird ab 1995 eine tiefgreifende

Reform des Gesundheitswesens einleiten. Wir wollen auf diesem Wege weitergehen und verstärkt wettbewerbliche Elemente einbauen, wenn sie mit den sozialen Funktionen unserer Krankenversicherung harmonisieren.

Es bleibt bei unserer Ablehnung eines weiteren Ausbaus der Selbstbeteiligung der Krankenversicherten. Bestehende Selbstbeteiligungsregelungen werden wir daraufhin überprüfen, wie eine einseitige Belastung der chronisch Kranken verhindert werden kann.

Wir lehnen die Privatisierung von gesundheitlichen Risiken ab.

Wir werden ein Schwergewicht auf Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung legen, die betriebliche Gesundheitsförderung werden wir intensivieren. Die Verzahnung der gesundheitlichen mit der sozialen Betreuung chronisch Kranker, den weiteren Abbau der Grenzen zwischen dem stationären und ambulanten Versorgungsbereich und den Ausbau von Qualitätssicherungsmaßnahmen und Verbraucherschutz in der medizinischen Versorgung wollen wir vorbereiten.

Die Situation um AIDS findet trotz ihrer Ausmaße in der Allgemeinheit nicht die ihr gebührende Beachtung. Trotz der hohen Zahl von Betroffenen ist für viele AIDS immer noch ein Problem nur der Schwulen und Drogenabhängigen. Da es in absehbarer Zeit keinen Impfstoff geben wird, ist Prävention und Aufklärung die einzige Möglichkeit, den AIDS-Tod zu verhindern. Denn nur wer über Risiko-

situationen informiert ist und diese erkennt, kann sein Verhalten darauf einstellen. Dagegen sind Reihenuntersuchungen und Zwangstests keine geeigneten Präventionsmaßnahmen gegen eine HIV-Infektion und daher strikt abzulehnen.

Menschen mit HIV oder AIDS haben ein Recht auf materielle Sicherung und angemessene medizinische Versorgung. Für die Menschen, die an AIDS erkrankt sind, ist es wichtig, solange wie möglich selbst den eigenen Lebensraum und den Haushalt zu erhalten. Unser Ziel ist es, lange Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und die Versorgung in der häuslichen Atmosphäre zu ermöglichen. Wir treten dafür ein, die ambulante Pflege auszubauen, um dies zu gewährleisten.

Wir setzen uns dafür ein, AIDS-Forschungsprogramme kontinuierlich weiterzuführen und ihre Finanzierung auch langfristig sicherzustellen.

Wir werden ein Schwergewicht auf Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung legen.

Das Prinzip der beitragsbezogenen Rente und die Eckwerte der von uns maßgeblich mitgestalteten Rentenreform 1992 stehen nicht zur Disposition. Frauen dürfen im Alter nicht weiter benachteiligt werden, sie brauchen eigenständige Rentenansprüche. Deshalb wollen wir eine Reform der Alterssicherung der Frauen, die sich am Leitbild der partnerschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in Familie und Beruf orientiert, Kindererziehung muß in der Rente besser anerkannt werden.

Wer regelmäßig arbeitet, soll auch regelmäßig Beiträge zur Sozialversicherung zahlen. Längerfristig streben wir auf dem Weg zu einer umfassenden Reform des sozialen Sicherungssystems erste Schritte zur Einführung einer bedarfsgerechten sozialen Grundsicherung an.

Nur wer die sozialen Probleme kennt, kann sie bekämpfen. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird alle zwei Jahre einen Bericht über Ausmaß und Umfang der Armut in Deutschland vorlegen, der alle relevanten Faktoren von Armut, insbesondere auch die Ursachen der Frauenarmut, beschreibt. So können wir soziale Defizite zielgerichtet bekämpfen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben bei der Vereinheitlichung des Rentenrechts zwischen Ost- und Westdeutschland viele Verbesserungen für die älteren Menschen in den neuen Bundesländern erreicht. Wir wollen das Rentenüberleitungsgesetz erneut mit dem

Wir haben bei der Vereinheitlichung des Rentenrechts viele Verbesserungen für die älteren Menschen in den neuen Bundesländern erreicht.

Ziel überprüfen, das Rentenrecht von Elementen des politischen Strafrechts zu befreien. Dabei müssen wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts beachten und berücksichtigen, daß Mehraufwendungen bei den Ansprüchen aus Sonder- und Zusatzversorgungsgesetzen der ehemaligen DDR zwischen dem Bund und den Ländern zu teilen sind.

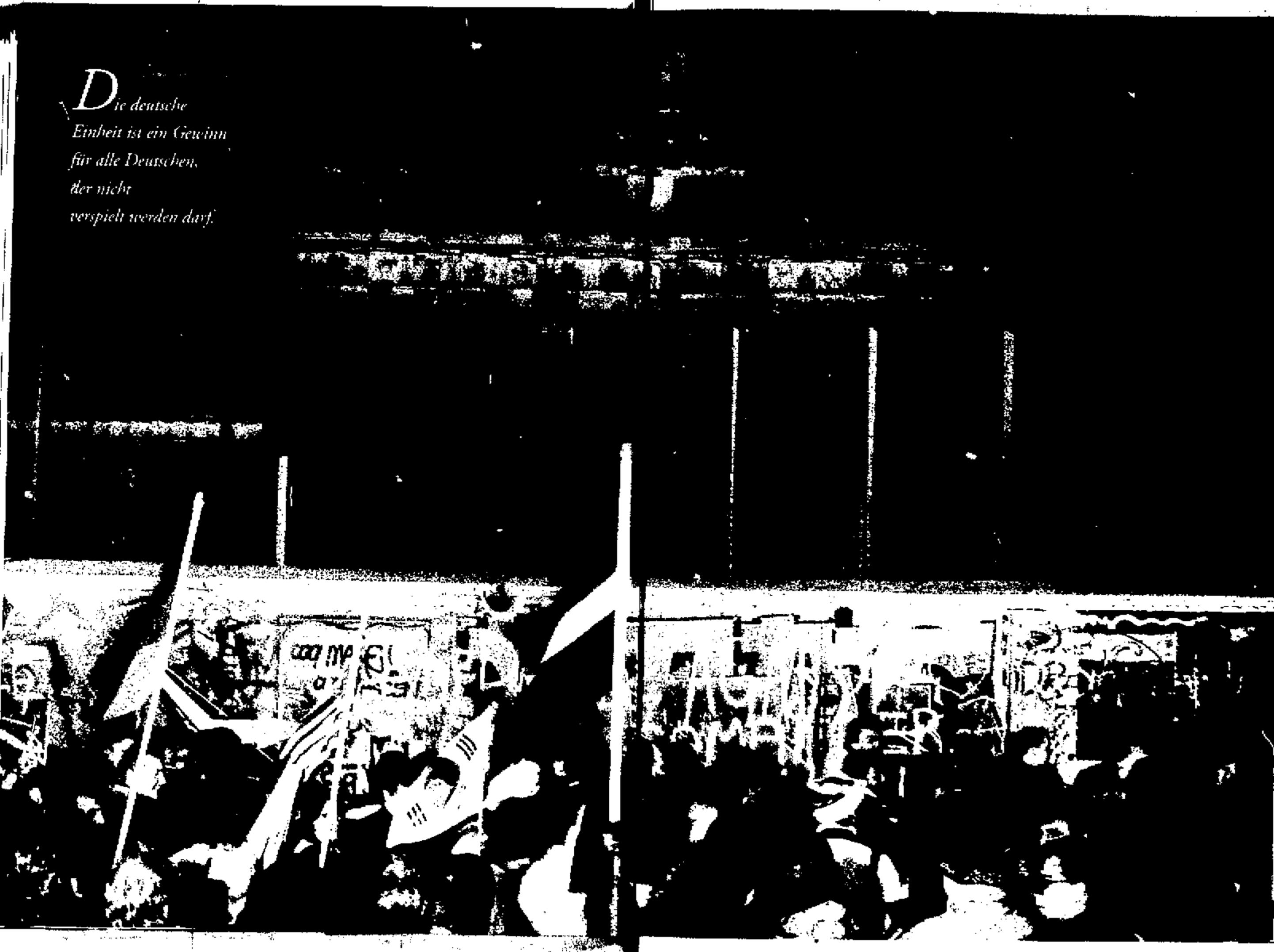
aus: Durch eine neue Sportpolitik

Wir wollen die Bedeutung des Sports als wesentlichen Bestandteil unserer Kultur aufwerten. Sport trägt zur Lebensfreude und -qualität aller bei und beinhaltet die Chance der individuellen und sozialen Entfaltung. Wir werden daher den Sport in seinen Organisationen fördern. Dabei bekennen wir uns zum humanen Spitzen- und Breitensport, der auch verstärkt die Förderung von Frauen einbezieht.

Wir werden den Sport in seinen Organisationen fördern.

Eine besondere Bedeutung kommt der Sportförderung in Ostdeutschland zu. Dort sind die Sportstätten zumeist ohne Sanierung nicht zu nutzen. Die Aktivitäten zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West müssen diesen Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand mit einbeziehen.

*Die deutsche
Einheit ist ein Gewinn
für alle Deutschen,
der nicht
verspielt werden darf.*



4. DIE DEUTSCHE EINHEIT GESTALTEN ...

Die deutsche Einheit ist ein Gewinn für alle Deutschen, der nicht verspielt werden darf. Die gegenwärtigen Ängste und Unsicherheiten der Umbruchsituation wollen wir in einem breiten gesellschaftlichen Solidaritätsbündnis überwinden. Denn die Bewältigung der ökonomischen, sozialen und menschlichen Schwierigkeiten des Zusammenwachsens ist vor allem

Wir wollen ostdeutsche Biographien anerkennen und die ostdeutschen Kompetenzen nutzen.

eine Chance. Wir wollen ostdeutsche Biographien anerkennen und die ostdeutschen Kompetenzen nutzen; wir wollen auf ostdeutsche Erfahrungen, nicht zuletzt denen der Frauen, die bereits ein selbstbewußtes, eigenständiges und unabhängiges Leben gelebt haben, aus den vergangenen 40 Jahren und aus dem Transformationsprozeß der letzten vier Jahre hören, um sie bei den gesamtdeutschen Reformen aufzunehmen.

Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West, wobei beide Teile voneinander lernen können, muß zu einer für alle sozial gerechten Gesellschaft führen. Diese muß in den neuen Ländern durch die in den Kapiteln des Programms im einzelnen dargelegten Maßnahmen verwirklicht werden.

Wir werden das Leben, Wohnen und Arbeiten in Ostdeutschland attraktiver machen, indem wir für eine moderne Infrastruktur, für eine menschenfreundliche Wohnungsversorgung, für ein leistungsfähiges Bildungs- und Gesundheitswesen und für moderne Sportstätten sorgen.

... durch soziale und menschliche Gerechtigkeit.

Die innere Einigung der Deutschen, das Zusammenwachsen unserer beiden Gesellschaften in einem Staat, sind durch nichts so sehr behindert worden wie durch die ungerechte Verteilung der Chancen und der Kosten der Einheit. Zur inneren Einheit gehört ein gerechter Lastenausgleich, an dem sich jeder nach seinen Möglichkeiten beteiligt.

Es gilt vor allem, Menschen vor der Verdrängung aus Haus und Hof zu schützen.

Vergeblich haben wir Sozialdemokraten das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ zu verhindern versucht. Jetzt gilt es, durch eine Verbesserung der Eigentumsregelung dessen soziale Härten zu mindern. Das bedeutet vor allem, Menschen vor der Verdrängung aus Haus

und Hof zu schützen. Davon können sowohl redliche Erwerber wie Nutzer von Häusern und Grundstücken bedroht sein. Deshalb wollen wir eine Regelung der offenen Vermögensfragen, die einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Eigentumsnutzer und der Alteigentümer ermöglicht, aber Verdrängung vermeidet. Wir werden bei den Entschädigungsregelungen einen Ausgleich von Restitutions- und Entschädigungsberechtigten schaffen, der sowohl dem Ziel dient, die Ergebnisse der Bodenreform

Die Spaltung in West-Eigentümer und Ost-Eigentumslose muß abgebaut werden.

und die wirtschaftliche Existenz ostdeutscher Landwirte zu schützen, als auch der Gefahr begegnet, daß die bisherige Vermögensregelung zu einem gigantischen Transfer ostdeutscher Vermögenswerte in westdeutsches Privateigentum führt. Wir wollen durch ein Programm zur Beteiligung insbesondere auch ostdeutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen mehr Gerechtigkeit schaffen und dazu beitragen, daß die Spaltung in West-Eigentümer und Ost-Eigentumslose abgebaut und Kräfte für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands freigesetzt werden.

... durch verständnisvollen Umgang mit der DDR-Vergangenheit

Wir müssen – privat und öffentlich – unterscheiden lernen zwischen dem – zum Glück – gescheiterten System der DDR einerseits und den darin gelebten Biographien der Menschen andererseits, die nicht alle gescheitert sind. Notwendig ist eine kritisch-differenzierte und gerechte Betrachtung der Vergangenheiten, nicht nur derjenigen der DDR.

Dazu gehört es auch, Pauschaldiskriminierungen, wie sie zum Beispiel ins Rentenrecht aufgenommen worden sind, zurückzuweisen. Unrecht muß bestraft werden; aber alle Deutschen müssen in Zukunft miteinander leben. Politischer Irrtum, Anpassung und Opportunismus sind nicht nur ostdeutsche Verhaltensweisen gewesen; sie dürfen keine Kainsmale bleiben und nicht zur Ausgrenzung führen. Besondere Aufmerksamkeit muß der Gerechtigkeit für die Opfer der SED-Diktatur gelten. Verletzungen ihrer Menschenwürde und ihrer körperlichen und geistigen

Pauschaldiskriminierungen, wie beim Rentenrecht, müssen zurückgewiesen werden.

Unversehrtheit sollen bei Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsanstrengungen keinen geringeren Rang haben als Verletzungen des Rechts auf Eigentum.

Am Ende der notwendigen kritischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit muß Versöhnung stehen.



Voraussetzungen
für die Vereinbarkeit
von Beruf und
Familie zu schaffen,
darf nicht allein ein
Anliegen der Frauen-
politik bleiben.

5. POLITIK FÜR FRAUEN

Die ungleichen Chancen von Frauen und Männern sind von der Politik miterzeugt und damit auch veränderbar. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit unserer Gleichstellungspolitik einen Reformprozeß eingeleitet; dieser muß konsequent fortgesetzt werden, damit Frauen und Männer ihre Erfahrungen und Qualifikationen gleichberechtigt in die Gesellschaft einbringen können. Dieser Reformprozeß mündet in

Die ungleichen Chancen von Frauen und Männern sind von der Politik miterzeugt und damit auch veränderbar.

eine demokratische partnerschaftliche Gesellschaft, in der sich nicht nur die Beziehungen in der Arbeitswelt, sondern im gesamten gesellschaftlichen Umfeld verändern werden.

Frauen in Ost und West wollen ihre Existenz eigenständig sichern. Dazu brauchen wir eine Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, in der die Gleichstellung von Frauen und Männern ein integraler Bestandteil ist.

Über eine verbindliche Frauenquote an allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen wir Arbeitsplätze von Frauen sichern, neue Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Branchen schaffen, über Qualifizierung die Beschäftigungschancen

und die berufliche Wiedereingliederung verbessern.

Wir werden unseren Gleichstellungsgesetz-Entwurf zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft erneut vorlegen. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollen die Betriebe und Unternehmen vorrangig berücksichtigt werden, die frauenfördernde Maßnahmen ergriffen haben.

Auch Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur müssen sich mehr als bisher dem Grundrecht von Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe öffnen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden daher die Gleichstellungspolitik in Wissenschaft, Forschung und Kultur verankern, Frauenbeauftragte und Frauenförderung in Kooperation zwischen Bund und Ländern verbindlich regeln.

Gerade die Frauen unserer ausländischen Wohnbevölkerung, die ständig bei uns leben, brauchen unsere Solidarität und gezielte Hilfe zur Integration. Wir werden dafür sorgen, daß sie gleiche Chancen erhalten. Wir werden im Ausländerrecht ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für jeden Ehepartner verankern.

... durch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Das Ziel, Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen, darf nicht allein ein Anliegen

der Frauenpolitik bleiben. Alle Maßnahmen müssen sich an Männer und Frauen gleichermaßen richten und die erforderliche Akzeptanz in der Gesellschaft

Benachteiligungen bei der Teilzeitarbeit müssen gesetzlich abgebaut werden.

finden. Unsere Vorstellungen von flexiblen und kürzeren Arbeitszeiten für alle sind ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus werden wir die Benachteiligungen bei der Teilzeitarbeit durch gesetzliche Regelungen abbauen.

... durch Erziehung zur Partnerschaft

Wir werden die Erziehung zur Partnerschaft zwischen Frau und Mann zu einem festen Bestandteil der Bildungs- und Jugendpolitik machen. Dabei müssen die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen berücksichtigt, Benachteiligungen abgebaut und die gleichberechtigte, eigenständige Lebensführung von Jungen und Mädchen gefördert werden.

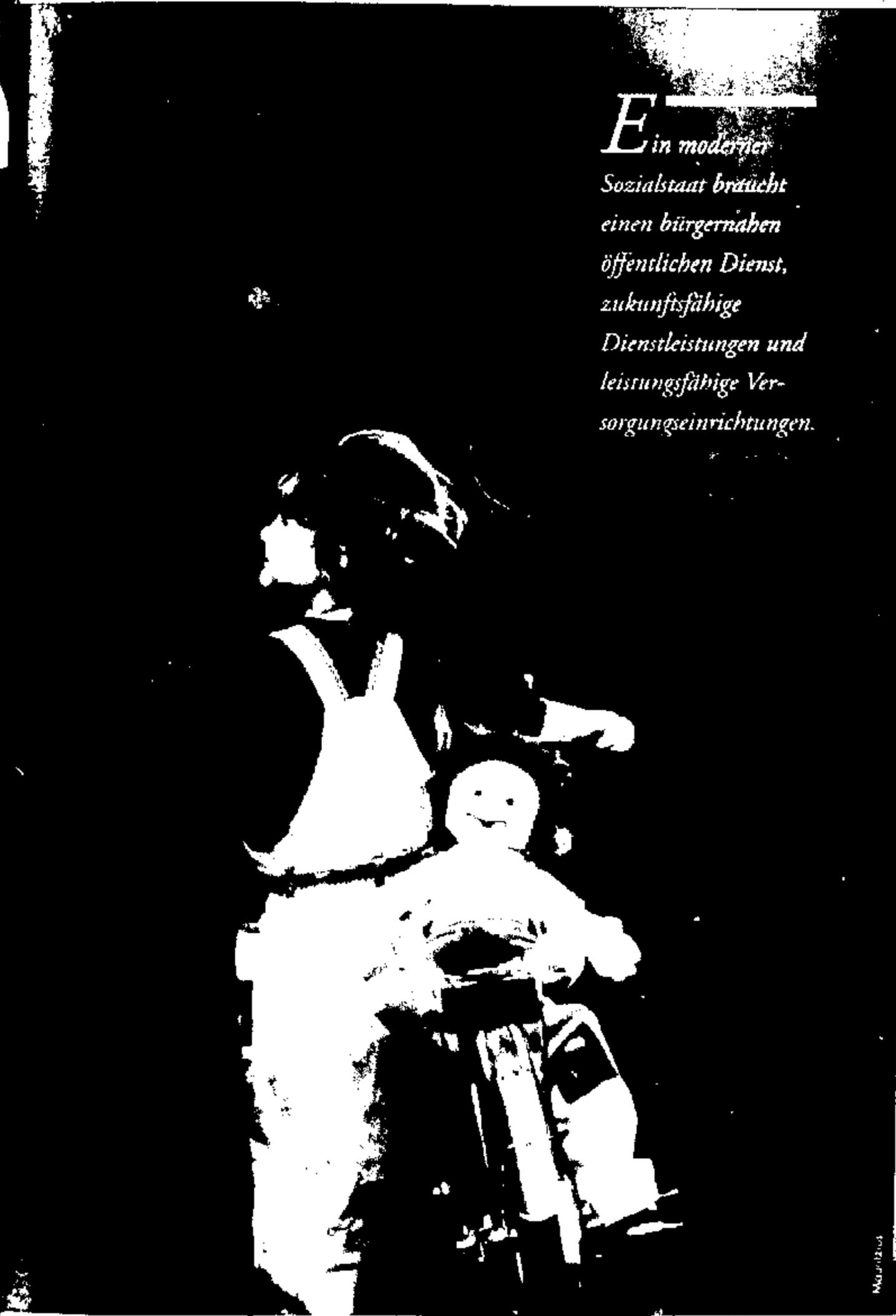
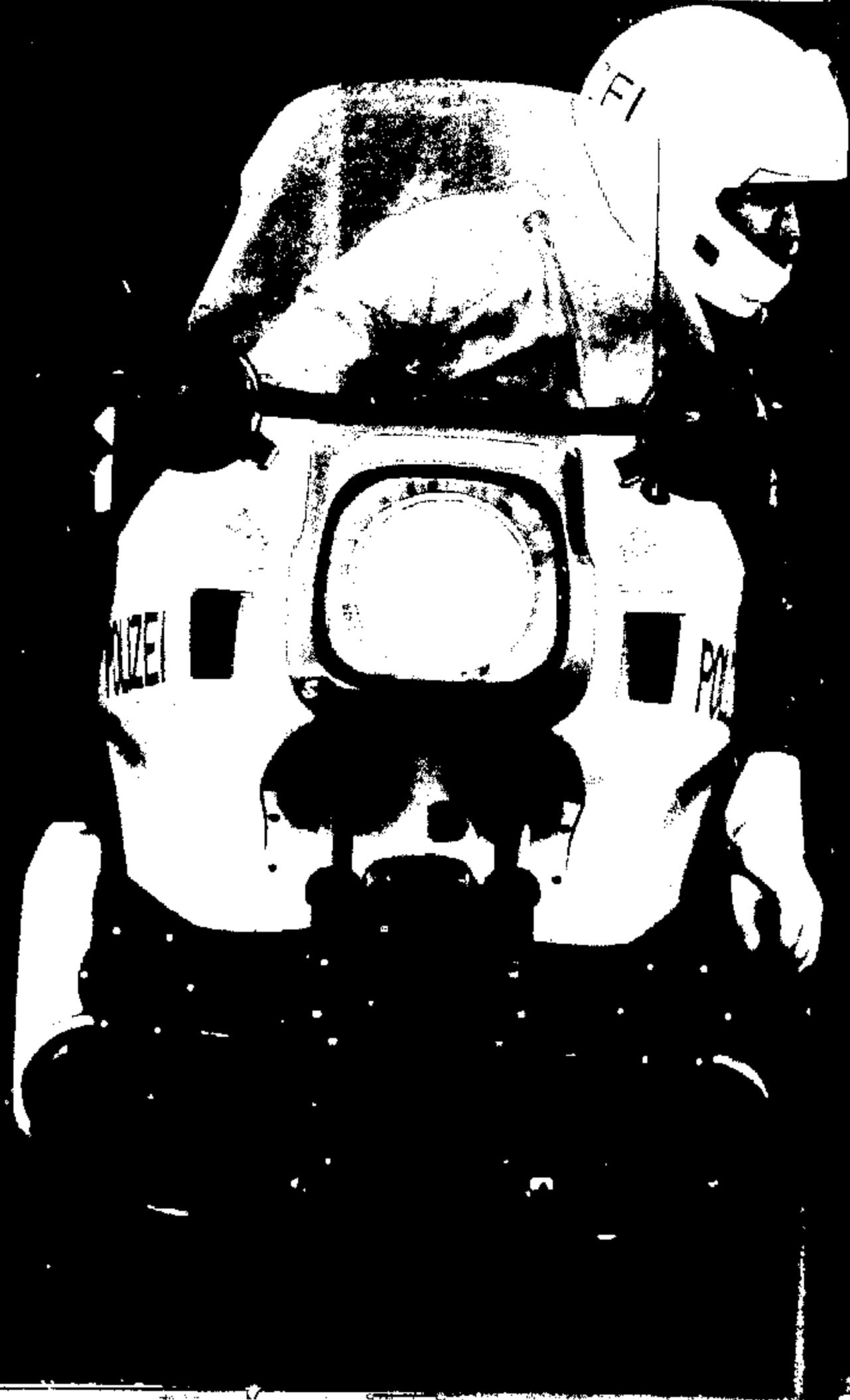
... durch die Selbstbestimmung der Frau im Schwangerschaftskonfliktfall

SPD-Abgeordnete haben 1992 gemeinsam mit Mitgliedern anderer Fraktionen des Deutschen Bundestages

einen Kompromiß zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs durchgesetzt, der die Würde der Frau und den Schutz des werdenden Lebens berücksichtigt. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Gesetz im Kern bestätigt, aber mit einer Reihe von schwierigen Auflagen versehen. Wir werden die notwendigen Auflagen des Bundesverfassungsgerichts zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs umsetzen und dafür Sorge tragen, daß mit dem Beratungskonzept die Würde und das Recht der Frau auf eine eigenverantwortliche Entscheidung gewahrt bleiben. Um Frauen den belastenden Gang zum Sozialamt zu sparen, ist zur Sicherung der Finanzierung ein Bundesleistungsgesetz zu verabschieden.

... durch wirksameren Schutz der Frauen und Kinder vor Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist in unserer Gesellschaft trauriger Bestandteil des täglichen Lebens. Der sichtbare Ausdruck struktureller Gewalt, der Frauen und Mädchen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind, sind Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Mißbrauch. Sozialdemokratische Politik muß der Diskriminierung und Verächtlichmachung von Frauen entgegenwirken; sie muß das Recht von Frauen auf sexuelle Selbstbestimmung sichern; sie muß der Gewalt gegen Frauen und Mädchen vorbeugen; sie muß Schutz und Hilfe für mißhandelte Frauen und Mädchen gewährleisten – dazu gehört auch die angemessene Bestrafung der Täter.



*E*n modernen
Sozialstaat bräucht
einen bürgernahen
öffentlichen Dienst,
zukunftsfähige
Dienstleistungen und
leistungsfähige Ver-
sorgungseinrichtungen.

6. EIN MODERNER STAAT AUF SICHEREM FUNDAMENT ...

Die nächsten Jahre müssen zu Reformen unserer staatlichen Ordnung und Verwaltung genutzt werden. Wir brauchen einen leistungsfähigen Staat mit soliden Staatsfinanzen, dem durch eine zeitgerechte, moderne Verfassung Rahmen und Richtung gegeben wird.

... durch eine zeitgerechte Modernisierung des Grundgesetzes und mehr Bürgerbeteiligung

Die Verfassung ist die rechtliche Grundordnung unseres Gemeinwesens. Sie muß dem politischen Prozeß gleichzeitig Richtung weisen und dazu beitragen, daß die Bürgerinnen und Bürger im geeinten Deutschland unser Gemeinwesen als „ihren Staat“ erkennen. Wir werden deshalb auch künftig für eine zeitgerechte, zukunftsorientierte Modernisierung des Grundgesetzes eintreten. Der Staat ist durch soziale Staatsziele auf die Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit, Zugang zu Bildung und Kultur zu verpflichten. Die Friedensstaatlichkeit des Grundgesetzes ist auszubauen, die Belange von ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten sind zu schützen. Wir brauchen in der Verfassung ein ausdrückliches Verbot, Behinderte zu benachteiligen. Geänderten Formen des

Zusammenlebens der Menschen in Gesellschaft und Familien ist in der Verfassung durch Schutzregelungen für auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften, die Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Verbesserung der Rechtsstellung der Kinder und das Verbot von Diskriminierungen in bezug auf die sexuelle Identität Rechnung zu tragen. Das Recht auf Privatheit und Datenschutz ist zu bekräftigen.

Lebendige Demokratie lebt von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitverantwortung und Mitwirkung. Wir werden uns auch weiterhin für eine Verfassungsänderung zur Stärkung unmittelbarer Bürgerbeteiligung durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid einsetzen. Wir werden auch für

Wir werden für die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländerinnen eintreten.

die Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Ausländerinnen und Ausländer eintreten. Wir werden ein verfassungsrechtliches Informationszugangsrecht anstreben, um so die Voraussetzungen für die gezielte Wahrnehmung dieser Rechte zu schaffen, Transparenz und öffentliche Kontrolle zu erhöhen und die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen verbessern zu helfen.

... durch die Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer

Wir müssen gerade jetzt deutliche Zeichen setzen und die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung voranbringen. Jedes in Deutschland geborene Kind rechtmäßig hier lebender ausländischer Eltern soll automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Wir wollen in dem geänderten Staatsangehörigkeitsrecht auch Einbürgerungsansprüche und die Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit verankern und ein Einwanderungsgesetz schaffen.

Weniger als 40% der Ausländerkinder erhalten in Deutschland eine berufliche Qualifikation. Wir werden dafür eintreten, daß Kinder aus ausländischen Familien die gleichen Aus- und Weiterbildungschancen bekommen wie ihre deutschen Altersgenossen.

... durch eine bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung

Ein moderner Sozialstaat braucht einen bürgernahen öffentlichen Dienst, zukunftsfähige Dienstleistungen und leistungsfähige Versorgungseinrichtungen. Die technologische und ökologische Modernisierung und Stärkung unserer Volkswirtschaft muß mit der Modernisierung der Staatstätigkeit verbunden werden. Verwaltungen müssen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren schnell arbeiten können, um private und öffentliche Investitionen zu beschleunigen – ohne dabei

Umweltschutz, Sicherheitsstandards und Bürgerbeteiligung zu vernachlässigen. Überregulierung, überflüssige Zentralisierung und bürokratische Erstarrung müssen abgebaut werden. Das Steuerrecht muß einfacher und zugleich gerechter werden.

Ob gesellschaftlich wichtige Aufgaben vom Staat oder von Privaten erledigt werden, ist für uns keine Frage der reinen Lehre, sondern der sozialstaatlichen Sicherung und der Wirksamkeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Die Verwaltungen müssen modernisiert, ihr Aufbau muß an die Aufgaben angepaßt werden. Beschäftigte müssen beteiligt und Hierarchien abgeflacht werden.

Behörden sollen möglichst eigenverantwortlich und erfolgsorientiert handeln.

Nicht jede staatliche Aufgabe ist eine hoheitliche Funktion, oftmals eine Dienstleistungsfunktion. Das werden wir berücksichtigen. Bundesministerien wollen wir auf ihre eigentlichen Aufgaben – Führungs- und Programmfunktionen – konzentrieren und, wo es sinnvoll und möglich ist, zusammenfassen. Behörden sollen möglichst eigenverantwortlich und erfolgsorientiert im Rahmen eines eigenen Haushalts handeln.

Das Dienstrecht muß so geordnet werden, daß Eignung, Befähigung und fachliche Kompetenz über den beruflichen Lebensweg entscheiden. Spitzenpositionen sind auf Zeit zu vergeben. In den neuen Bundesländern werden wir den wirtschaftlichen Aufbau mit dem Aufbau moderner Verwaltungsstrukturen verbinden.

... durch Gerechtigkeit, finanzpolitische Solidität und Berechenbarkeit

Solidität, Berechenbarkeit und Gerechtigkeit sind die Richtschnur unserer Finanzpolitik. Ihre Hauptziele sind: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung unserer Wirtschaft, Sanierung der Staatsfinanzen und Beseitigung von sozialen Ungerechtigkeiten.

Infolge der Steuer- und Abgabenerhöhungen der jetzigen Bundesregierung ist die Belastung der Bürgerinnen und Bürger auf neue Rekordhöhen gestiegen. Die Staatsverschuldung explodiert. Der sprunghafte Anstieg der Zinsbelastung macht den Staat zunehmend handlungsunfähig: Diese Bundesregierung hat fast dreimal soviel Schulden gemacht wie alle ihre Vorgängerinnen zusammen. Dabei sind noch nicht einmal die Finanzrisiken in Milliardenhöhe berücksichtigt, die heute schon absehbar sind, für die die Bundesregierung bisher aber keine Haushaltsvorsorge getroffen hat. Auch durch

Diese Bundesregierung hat fast dreimal soviel Schulden gemacht wie alle ihre Vorgängerinnen zusammen.

Bildung immer neuer Schattenhaushalte hat sie die Lage der Staatsfinanzen systematisch verschleiert.

Wir werden unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD eine ehrliche Bestandsauf-

nahme vornehmen und damit endlich Klarheit über die wirkliche Lage der Staatsfinanzen schaffen. Wir müssen aber schon heute davon ausgehen: Die Erblast von 12 Jahren verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Kohl kann nicht über Nacht beseitigt werden.

Für unser Regierungsprogramm gelten vor allem drei klare finanzpolitische Grundsätze:

1. Keine Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote.
2. Mittelfristige Rückführung der Neuverschuldung.
3. Strikter Finanzierungsvorbehalt für alle Maßnahmen des Regierungsprogramms.

Die Steuer- und Abgabenquote, die durch die Steuer- und Abgabenerhöhungen der jetzigen Bundesregierung 1995 ein absolutes Rekordniveau erreicht, darf nicht weiter erhöht werden. Innerhalb dieser Quote werden wir Umschichtungen vornehmen, um Wachstum und Beschäftigung zu stärken und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen: Nach den drastischen Steuer- und Abgabenerhöhungen der jetzigen Bundesregierung ist für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Durch die einseitige Lastenverteilung über die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchsteuern sowie durch die Kürzungen im Sozialbereich ist bei der notwendigen Finanzierung der Einheit auch eine soziale Schieflage entstanden, die nicht länger hingenommen werden kann.

Wir wollen die deutsche Einheit durch einen gerechten Lastenausgleich auf eine tragfähige finanzielle Grundlage stellen: Durch eine gezielte Senkung

der Lohn- und Einkommensteuer werden wir die Steuerbelastung kleiner und mittlerer Einkommen wieder auf ein erträgliches Maß zurückführen. Dabei werden wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Steuerfreistellung des Existenzminimums verwirklichen. Um die in den letzten Jahren entstandene Gerechtigkeitlücke abzubauen, sollen die

Die Steuer- und Abgabenquote darf nicht weiter erhöht werden.

finanziell besonders Leistungsfähigen einen angemessenen Beitrag für die deutsche Einheit leisten:

Der am 1. Januar 1995 in Kraft tretende Solidaritätszuschlag der Bundesregierung von 7,5 %, der auch die kleinen und mittleren Einkommen belastet, ist Gift für Konjunktur und Arbeitsmarkt. Der Solidaritätszuschlag muß so schnell wie möglich abgeschafft und durch eine sozial gerechte Ergänzungsabgabe ersetzt werden. Ziel unserer Ergänzungsabgabe ist es, rund 80% aller Steuerpflichtigen vom Solidaritätszuschlag der Bundesregierung völlig freizustellen (Ergänzungsabgabe bei Bruttojahreseinkommen von über 120.000 DM für Verheiratete bzw. 60.000 DM für Ledige: 10% der Verschuldung). Das ist nicht nur gerechter, sondern auch wirtschaftspolitisch vernünftig. Diese Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen stärkt die Binnenkonjunktur.

Unabhängig von dem noch ausstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Einheitswerten, bei dem es insbesondere um eine gerechtere Besteuerung der Vermögen geht, ist für uns

klar, daß das Wohnen in selbstgenutztem Wohneigentum oder zur Miete steuerlich nicht höher belastet werden darf. Das wäre auch mit unserem Ziel, einen gerechten Lastenausgleich herzustellen, nicht zu vereinbaren. Klar ist auch, daß das Betriebsvermögen der Unternehmen nicht stärker belastet werden darf, wenn mehr Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Arbeitsplätze und Investitionen haben Vorrang. Durch gezielte Steuererleichterungen für Zukunftsinvestitionen, Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten und gezielte Hilfen für den Mittelstand wollen wir die Investitionskraft, Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken.

Der Solidaritätszuschlag muß so schnell wie möglich abgeschafft und durch eine sozial gerechte Ergänzungsabgabe ersetzt werden.

Der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung muß gebremst werden. Deshalb werden wir die Neuverschuldung mit einem mittelfristig angelegten und konjunkturgerechten Konsolidierungs- und Wachstumskonzept zurückführen:

Um die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen, muß vor allem für Wachstum und Beschäftigung gesorgt werden. Nur wenn durch eine Stärkung der Wachstumskräfte die Steuereinnahmen verbessert und die Kosten der Arbeitslosigkeit verringert werden, kann eine durchgreifende Konsolidierung der Staatsfinanzen gelingen.

In Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage werden wir den Ausgabenanstieg auf eine Zuwachsrage begrenzen, die spürbar unter dem Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts liegt. Überflüssige

Der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung muß gebremst werden.

sige Steuersubventionen werden wir abbauen. Dazu gehört z.B. das Schließen von Steuerschlupflöchern bei den Bilanzierungsvorschriften, die bessere Erfassung von Spekulationsgewinnen, der Verzicht auf eine generelle Anrechnung ausländischer Steuern und die damit verbundenen Mißbrauchsmöglichkeiten, die Einschränkung der Steuerermäßigung für außerordentliche Einkünfte und die bessere steuerliche Erfassung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften.

Überflüssige Steuersubventionen werden wir abbauen.

Falls neue Subventionen volkswirtschaftlich unvermeidlich sein sollten, werden wir sie abnehmend und zeitlich befristet ausgestalten.

Wir werden konsequente Sparmaßnahmen durchführen, z.B. durch Abbau bürokratischer Verkrustungen, durch Einsparungen bei den Personalausgaben, durch Privatisierung der Aufgaben, die noch vom Staat erfüllt werden, aber von Privaten besser wahrgenommen werden

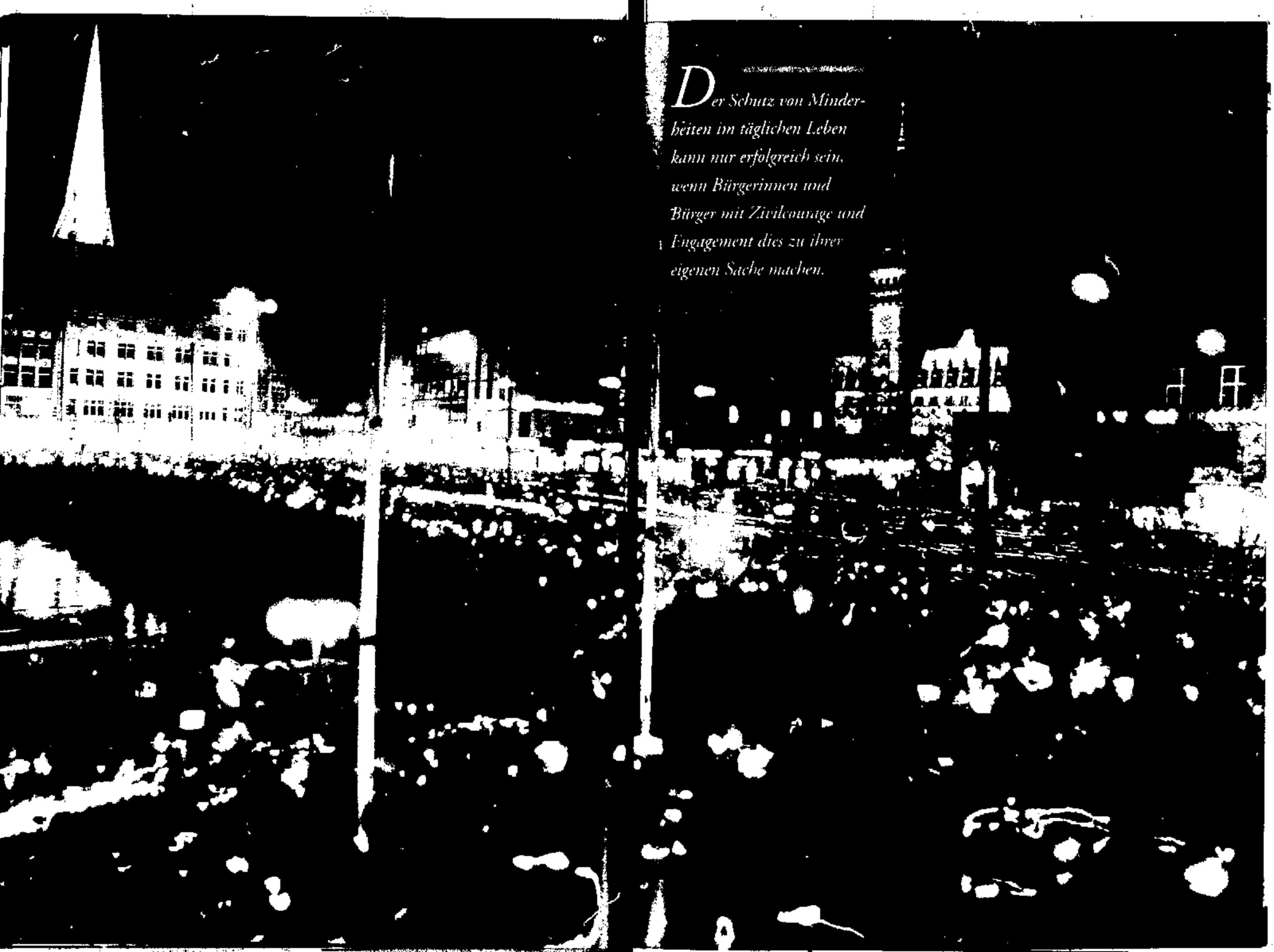
können, und durch Begrenzung der Verteidigungsausgaben.

Wirtschaftskriminalität und Korruption, Subventionsbetrug und systematische Steuerhinterziehung, die in den letzten Jahren verstärkt eingerissen sind, werden wir bekämpfen. Gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und den Mißbrauch sozialer Leistungen werden wir entschieden vorgehen. Damit wollen wir auch für Recht und Ordnung sorgen.

Auch durch Zinssenkungen, für die unser stabilitätsorientiertes Konsolidierungs- und Wachstumskonzept die Voraussetzungen schafft, sind zusätzliche Einsparungen bei den Zinsausgaben des Bundes zu erreichen.

Unser Regierungsprogramm ist solide finanziert.

Mit diesen Maßnahmen ist unser Regierungsprogramm solide finanziert. Der größte Teil unseres Regierungsprogramms besteht in finanzpolitischer Hinsicht aus aufkommensneutralen Reformen und Umschichtungen. Wir machen keine unfinanzierbaren Wahlversprechen. Da erst der von uns vorgesehene Kassensturz die volle Wahrheit über die Lage der Staatsfinanzen offenbaren wird, stellen wir alle Maßnahmen des Regierungsprogramms unter einen strikten Finanzierungsvorbehalt: Solide Finanzen sind die Grundlage für die Überwindung der Vertrauenskrise und für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit.



Der Schutz von Minderheiten im täglichen Leben kann nur erfolgreich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Engagement dies zu ihrer eigenen Sache machen.

7. EINE FRIEDLICHE, GERECHTE UND ZIVILE GESELLSCHAFT

Viele Menschen fühlen sich unsicher. Alltags- und Beschaffungskriminalität, Terrorismus und Gewalt von rechts und links, Gewalt gegen Frauen und Kinder im privaten und öffentlichen Raum, organisierte und importierte Kriminalität machen ihnen Angst. Die Menschen wollen, daß der Staat sie schützt. Wir

*Die Menschen wollen, daß
der Staat sie schützt.*

wollen, daß der Staat entschlossen und konsequent dort eingreift, wo gegen Gesetze verstoßen und ein friedliches Zusammenleben gestört wird.

**... durch einen gezielten
Kampf gegen Organisierte
Kriminalität**

Organisierte Kriminalität macht sich auch bei uns breit. Viele Autodiebstähle, Wohnungseinbrüche und Überfälle haben ihre Wurzeln mehr und mehr in der organisierten Kriminalität. Sie muß national und international bekämpft werden. Dabei wollen wir sie an ihrem Lebensnerv treffen, beim kriminell erworbenen Geld. Gewinne, die Täter aus Straftaten schöpfen, müssen eingezogen werden. Dafür werden wir die rechtlichen Voraus-

setzungen schaffen. Auch solche Vermögen, bei denen der dringende und begründete Verdacht besteht, daß sie aus schweren Straftaten stammen oder dazu verwendet werden sollen, müssen beschlagnahmt werden können – es sei denn, der Besitzer beweist das Gegenteil.

Wenn bei besonders schweren Straftaten alle anderen Methoden versagen, müssen die Strafverfolgungsbehörden das Recht haben, Mikrophone in Wohnräumen anzubringen und Gespräche aufzuzeichnen – als letztes Mittel, die Haupttäterinnen und Haupttäter im Einzelfall

*Wir wollen die organisierte
Kriminalität an ihrem Lebensnerv
treffen, beim kriminell erworbenen
Geld.*

dingfest zu machen. Eine Überwachung in einem so sensiblen Bereich ist an sehr strenge rechtsstaatliche Voraussetzungen zu binden. Das Recht jedes einzelnen auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Eigentum steht für uns an erster Stelle.

**... durch eine bürgernahe
Polizei und Justiz**

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen ist Sache des Staates. Private Sicherheitsdienste können und dürfen die Polizei nicht ersetzen. Der schwere und verantwortungsvolle Dienst der Polizei braucht die Unterstützung der politisch Verantwortlichen. Gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die ihren Dienst bürgernahe versehen können, sorgen für Vertrauen und Sicherheit. Wir wollen die Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen verstärken. Die Polizei braucht vernünftige und humane Arbeitsbedingungen. Sie darf nicht mit Aufgaben belastet werden, die auch andere Behörden und Einrichtungen erfüllen können. In Ostdeutschland bestehen günstige Voraussetzungen für solche Reformen, die Vorbild für andere Bundesländer werden können.

Bessere Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden über die offenen Grenzen hinweg, Abkommen mit unseren Nachbarn im Osten, schneller Aufbau von Europol – dafür treten wir ein. Die in der täglichen Arbeit gut funktionierende Zusammenarbeit der Polizeibehörden einiger neuer Bundesländer über die Ostgrenzen hinweg kann zum Modell für andere werden.

Unser Rechtsstaat ist ein hohes Gut. Allerdings beklagen sich viele Bürgerinnen und Bürger zu Recht über langwierige und komplizierte Verfahren, die die notwendige effiziente Rechtsprechung und Streitschlichtung behindern. Im Strafprozeß kommt hinzu, daß zügige Verfahren eher von Verbrechen abschrecken

dürften als höhere Strafen. Wir wollen deshalb die rechtlichen Verfahren beschleunigen und insbesondere überflüssige Verzögerungen und Schwächen in Arbeitsweise und Organisation beseitigen.

In den neuen Ländern muß die Funktionsfähigkeit der neu aufgebauten Justizbehörden garantiert werden. Den Zugang zum Recht und die Möglichkeiten zur Streitschlichtung werden wir insbesondere durch Modernisierung der gesetzlichen Grundlagen und der Arbeitsweise der Justiz sowie durch Veränderung der Juristenausbildung verbessern.

*Private Sicherheitsdienste können
und dürfen die Polizei nicht
ersetzen.*

Richterinnen und Richter müssen in der Ausbildung soziale Kompetenz erwerben.

Wir werden die Strafrahmen wieder der Rechtsgüterordnung unseres Grundgesetzes anpassen und die Sanktionen erweitern. Die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit oder Fahrverbote bei Verkehrsdelikten bewirken oft mehr, als Geldstrafen oder kurze Freiheitsstrafen dies vermögen. Im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs müssen die besonderen Interessen der Opfer stärker berücksichtigt werden.

... durch mehr Hilfe und Schutz für Verbrechenopfer

Die Interessen und die Probleme der Verbrechenopfer werden heute viel zu häufig vernachlässigt. Das fängt bei der Berichterstattung über Gewalt an: Hier stehen Sensationsgier, Voyeurismus und täterbezogene Schilderungen im Vordergrund; auch bei der Polizei und vor Gericht erfahren Opfer immer noch zu häufig überflüssige zusätzliche Belastungen statt Rücksichtnahme und Hilfe.

Wir werben dafür, die Folgen der Verbrechen für die Opfer in den Mittelpunkt der öffentlichen Berichterstattung

Die Hilfe für die Opfer von Verbrechen muß verbessert werden.

über Kriminalität und Verbrechen zu rücken und die Tätigkeit von Opferberatungsstellen flächendeckend auszubreiten sowie die Hilfe für die Opfer zu verbessern. Polizei und Strafverfahren sollen Lage, Probleme und Hilfsbedürftigkeit der Verbrechenopfer besonders berücksichtigen; die Wiedergutmachung von Schäden soll bei Strafen und im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Vordergrund stehen.

... durch eine neue Politik gegen Drogen

Rund 100.000 junge Menschen sind heute abhängig von harten Drogen. Fast jeder fünfte stirbt daran. HIV-Infektion und andere Krankheitsrisiken, Verwahrlosung und menschliches Elend gehören zu den Folgen. Beschaffungs- und Begleitkriminalität nehmen zu, sorgen für Unsicherheit in unseren Städten und richten immense gesellschaftliche Schäden an.

Wir sind nicht bereit, dies einfach hinzunehmen und setzen uns für eine neue Politik gegen Drogen ein.

Wir werben für ein Leben ohne Sucht; wir wollen die Hilfe für Drogenkranke zur Überwindung ihrer Abhängigkeit verbessern und gehen mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen Drogenhändler und -händlerinnen und organisierte Kriminelle vor.

Suchtkranke müssen besser betreut werden. Im Rahmen dieser Programme müssen streng kontrolliert auch Ersatzstoffe oder andere Hilfen abgegeben werden können.

Suchtkranke müssen besser betreut werden.

Durch den Übergang vom Legalitäts- zum Opportunitätsprinzip bei der Verfolgung des Besitzes kleinerer Mengen von Drogen zum Eigenverbrauch können Polizei und Strafverfolgung gezielter als bisher gegen wirkliche Dealer und organisierte Kriminelle vorgehen.

... durch bessere Bekämpfung der Verbrechensursachen und gezielte Vorbeugung

Die Politik muß zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit Verbrechen und ihre Ursachen bekämpfen sowie der wachsenden Kriminalität mit gezielten Vorbeugungsmaßnahmen begegnen. Wir werden deshalb mit einer besseren Familien-, Jugend-, Bildungs-, Medien-, Wirt-

Kinder und Jugendliche müssen zu Hause und in der Schule lernen, daß Gewalt keine Konflikte löst.

schafts- und Sozialpolitik kriminalitäts- und gewaltfördernde Ursachen beseitigen und zurückdrängen. Kinder und Jugendliche müssen zu Hause und in der Schule lernen und durch Vorbilder in der Gesellschaft erfahren, daß Gewalt keine Konflikte löst.

Wir unterstützen die Bildung kriminalpräventiver Arbeitskreise in den Gemeinden. Sie können Ursachen von Kriminalität vor Ort erkennen und geeignete Wege zur Verhütung erarbeiten und durchsetzen.

Wir unterstützen Maßnahmen zur technischen Sicherung von Besitz und Eigentum und fordern Versicherungen auf, sie bei der Prämiengestaltung zu honorieren.

Gewaltdelikte werden immer häufiger mit Schusswaffen begangen. Schusswaffen sind in unserer Gesellschaft grundsätzlich

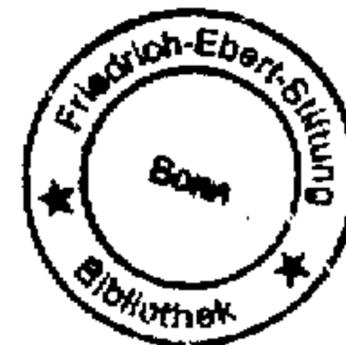
nur der Polizei vorbehalten. Ausnahmeregelungen über Erlaubnisse zum Erwerb und Führen von Waffen müssen klar geregelt und wegen der offenen Grenzen international abgestimmt sein.

... durch Bekämpfung von Rechtsextremismus, Gewalt und ausländerfeindlichen Übergriffen

Rechtsextremismus, Gewalt und Übergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer sowie gegen Minderheiten werden wir entschlossen bekämpfen.

Hier sind nicht allein Gesetzgeber, Polizei und Strafverfolgungsbehörden gefordert. Deren Eingreifen ist nötig: Insbesondere müssen neonazistische Verbände und Parteien verboten und die bestehenden Gesetze voll ausgeschöpft werden; wer Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet oder die Menschenwürde von Minderheiten mit Füßen tritt oder den nationalsozialistischen Völkermord leugnet oder verharmlost, muß mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Vorurteilen, der Schutz von Minderheiten im täglichen Leben allerdings kann nur erfolgreich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Engagement dies zu ihrer eigenen Sache machen. Dazu rufen wir auf.





*Es geht nicht um
Entwicklungshilfe,
sondern um Entwick-
lungszusammenarbeit
mit den Menschen
vor Ort.*

8. EINE WELT IN SICHERHEIT UND FRIEDEN...

Das Ende des Kalten Krieges hat noch nicht den Weltfrieden gebracht. Gewaltsame Konflikte in vielen Teilen der Welt, auch in Europa, haben die Menschen aufgeschreckt. Verelendung und Umweltzerstörung in den Ländern des Südens kündigen neue Konflikte an. Ganze

In dieser Zeit des Umbruchs muß unser Land seine internationale Rolle finden.

Völker und Volksgruppen werden unterdrückt und ihrer Menschenrechte beraubt. In dieser Zeit des Umbruchs muß unser Land seine internationale Rolle finden. Auf Deutschland ruhen große Hoffnungen und Erwartungen. Wir wollen, daß Deutschland ein weltoffenes Land bleibt, ein zuverlässiger, berechenbarer Partner und ein guter Nachbar. Eine aktive, vorwärtstreibende deutsche Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Union, die sich an Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle Völker orientiert, ist unser Ziel. Daher setzen wir uns für den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland ein und werden die dort gewonnenen Erkenntnisse verstärkt zu Rate ziehen.

... durch Mitverantwortung für globale Probleme

Wir bejahen die globale Mitverantwortung Deutschlands für die Bewahrung der natürlichen Umwelt und für eine dauerhafte Entwicklung in den Ländern des Südens. Sozialdemokratische Außenpolitik verfolgt drei Kernziele: Frieden durch gewaltfreie Regelung von Konflikten; Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung; Wohlstand auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.

Sozialdemokratische Außenpolitik verfolgt drei Kernziele: Frieden durch gewaltfreie Regelung von Konflikten; Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung; Wohlstand auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.

Weil die Lebensweise in den Industrieländern die Überlebenschancen der Menschheit entscheidend bestimmt, wollen wir im eigenen Land mit der Politik für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung beginnen und unseren Lebens- und Wirtschaftsstil ändern. Die Beschlüsse

der UNCED-Konferenz in Rio haben den richtigen Weg vorgezeichnet. Wir setzen uns dafür ein, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Nationale Entwicklungspolitik muß sich einfügen in die Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Nur bei abgestimmten entwicklungspolitischen Zielsetzungen haben wir eine Chance, die notwendige Umsteuerung auf umwelt- und entwicklungspolitische Lebens- und Wirtschaftsstile zu erreichen.

Wir wollen einen größeren Schritt vorankommen im Kampf gegen Armut, Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum. Dies erfordert, daß wir Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe begreifen, daraus müssen auf nationaler und internationaler Ebene Konsequenzen gezogen werden.

Es geht nicht um Entwicklungshilfe, sondern um Entwicklungszusammenarbeit mit den Menschen vor Ort. Dabei muß das eigenständige Recht der Frau auf gleichberechtigte Teilhabe unter

Es geht nicht um Entwicklungshilfe, sondern um Entwicklungszusammenarbeit mit den Menschen vor Ort.

Berücksichtigung ihrer eigenständigen Entwicklungswege umgesetzt werden.

Frauenhandel, Kinderhandel und Sextourismus muß sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern der Boden entzogen werden.

Wir setzen uns für faire Handelsbeziehungen ein, die auch den Gütern der Entwicklungsländer Marktchancen eröff-

nen. Der Protektionismus der westlichen Industrieländer muß abgebaut werden. Die internationalen Institutionen müssen sich stärker am Ziel einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung orientieren. Dazu gehört die Abhaltung einer internationalen Schuldenkonferenz.

... durch ökonomische Zusammenarbeit

Deutschland ist wie kein anderes Land eingebunden in die Weltwirtschaft. Deshalb liegt es in unserem Interesse, Handels- und Wirtschaftskonflikte zu vermeiden und die Kooperation in der ökonomischen Entwicklung zu suchen. Wir wollen einen fairen Welthandel. Unfairen

Deutschland ist wie kein anderes Land in die Weltwirtschaft eingebunden.

Handelspraktiken, Umwelt- und Sozialdumping werden wir entgegentreten.

Wir wollen mit der Europäischen Union ein außenwirtschaftspolitisches Konzept entwickeln, das auf ein offenes Welthandelssystem zielt. Die Umwelt- und Sozialstandards müssen bei der Umsetzung des GATT-Vertrages berücksichtigt und in einer nächsten Runde in das GATT aufgenommen werden, ohne daß dadurch neue Handelsschranken errichtet werden. Wir unterstützen die europäische Förderung regionaler Marktzusammenschlüsse, sofern sie auf die Bildung und nicht auf die Abschottung von Märkten gerichtet sind.

Wir beachten die wachsende Bedeutung des asiatisch-pazifischen Raums für unsere Wirtschaftsentwicklung. Wir unterstützen die Anstrengungen der deutschen Exportwirtschaft, ihre Handelsorientierung auf Asien und auf andere neue Märkte zu verstärken.

Wir werden insbesondere die Schwellenländer in ihren Bemühungen unterstützen, berufliche Bildungssysteme für breite Bevölkerungsschichten aufzubauen, indem wir Kooperationsbeziehungen zu diesen Ländern auf dem Gebiete der beruflichen Bildung vertiefen.

Im Mittelpunkt der transatlantischen Beziehungen wird zunehmend weniger die Sicherheitspolitik, sondern vielmehr die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und den europäischen Partnern stehen. Wir wollen die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Partnerschaft mit den USA auf den Standard bringen, den die strategische und sicherheitspolitische Partnerschaft heute hat. Wir treten deshalb dafür ein, daß die Europäische Union mit den USA und Kanada in Ergänzung des Washingtoner Vertrages eine Atlantik-Charta über Wirtschaft, Handel, Umwelt, Berufsbildung und Kultur vereinbart, in der die Ziele und Instrumente gemeinsamen Handelns in den vertraglich vorgesehenen Politikfeldern verbindlich festgelegt werden.

... durch ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen Ja zu Europa, nur mit und nicht gegen seine Nachbarn kann Deutschland seine Interessen ver-

folgen. Die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit unseren europäischen Partnerländern sichert Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Zusammenarbeit der westeuropäischen Völker ist eine klare Absage an schädlichen Nationalismus, sie trägt dazu bei, daß ein Krieg zwischen westeuropäischen Völkern nicht mehr stattfinden kann.

Die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit unseren europäischen Partnerländern sichert Wohlstand und Arbeitsplätze.

Wir befürworten den Beitritt der EFTA-Staaten. Wir wollen den Ost- und Mitteleuropäern durch eine gesamteuropäische Zusammenarbeit eine europäische Perspektive bieten.

Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, das sich auf das Wesentliche konzentriert. Das heißt für uns: den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit in Europa aufzunehmen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas durch eine technologische und ökologische Modernisierung der Wirtschaft zu sichern; Verwirklichung der Umwelt-Union und der Sozial-Union, endlich müssen europäische Betriebsräte arbeiten können; Gleichstellung von Frau und Mann; Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und rechtsextremistischen Gewalttaten und eine gemeinsame Politik zur Steuerung der Zuwanderung.

Aufgaben, die am besten von Mitgliedstaaten, von Regionen und Gemeinden gelöst werden können, sollen in de-

ren eigener Verantwortung bleiben. Europäische Überbürokratisierung und überflüssige Zentralisierung lehnen wir ab. Die europäische Integration darf nicht zu einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung und des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland führen.

Wir werden verhindern, daß die Währungsunion die Deutsche Mark schwächt. Eine Aufweichung der im Vertrag von Maastricht festgelegten Bedingungen für eine stabile gemeinsame Währung wird es mit uns nicht geben.

Wir wollen ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen beteiligt sind; sie sollen die Vorteile europäischer Zusammenarbeit spüren. Die Menschen in Europa müssen zueinander kommen – eine besondere Aufgabe für die Regionen. Bei der für 1996 vorgesehenen Reform der Europäischen

Eine Aufweichung der im Vertrag von Maastricht festgelegten Bedingungen für eine stabile gemeinsame Währung wird es mit uns nicht geben.

Union werden wir uns für weitere Vertiefungs- und Demokratisierungsschritte engagieren. Durch eine institutionelle Reform muß die Handlungsfähigkeit auch nach dem Beitritt weiterer Staaten sichergestellt sein. Die Kontroll- und Mitentscheidungsrechte des Europaparlamentes müssen ausgebaut werden. Das Europäische Parlament muß auch ein Initiativrecht erhalten.

... durch Partnerschaft

Stabilität und Sicherheit Deutschlands beruhen auf zwei Pfeilern: NATO und Europäische Union. In diesen größeren Zusammenschlüssen haben die Beziehungen zu den USA und Frankreich besonders starkes Gewicht. Zu diesen Grundlagen deutscher Sicherheits- und Friedenspolitik stehen wir. Stabilität und Sicherheit in Europa sind unteilbar. Deshalb werden wir dafür eintreten, die gemeinsame Unterstützung des Westens für die Reformprozesse in Mittelost- und Südosteuropa sowie den Ländern der ehemaligen Sowjetunion auf verlässlicher Grundlage fortzuführen.

Stabilität und Sicherheit Deutschlands beruhen auf zwei Pfeilern: NATO und Europäische Union.

Wir setzen uns für eine starke, handlungsfähige Europäische Union ein, weil es in der Politik der europäischen Einigung kein Zurück geben darf. Die Europäische Union ist die beste Garantie dafür, daß es in Europa keinen Rückfall in nationale Überheblichkeit geben wird. Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union verwirklichen, in deren Beratungen auch ost- und mitteleuropäische Staaten einbezogen werden können.

Dringender erforderlich ist eine abgestimmte europäische und atlantische Ostpolitik als eine „Partnerschaft für



Entwicklung". Die ehemals kommunistischen Staaten in Mittelost- und Südosteuropa brauchen die europäische Perspektive. Sie kann durchaus unterschiedliche Formen der Integration und Kooperation umfassen. Wichtig ist: Das gemeinsame Angebot des Westens zur Kooperation darf sich nicht allein auf Bündnis- und Sicherheitspolitik beschränken; es muß andere, vor allem ökonomische, ökologische und soziale Politikbereiche ebenso einbeziehen wie Fragen der demokratisch institutionellen Neuordnung.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird sich für weitere drastische Abrüstung und eine wirklich defensive Strategie und Streitkräftestruktur der NATO einsetzen.

Bis zur vollen Wirksamkeit eines gesamteuropäischen Wirtschaftssystems auf der Basis der KSZE nimmt die NATO in einem Prozeß des Überganges eine wichtige stabilisierende sicherheitspolitische Rolle wahr. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird sich für weitere drastische Abrüstung und eine wirklich defensive Strategie und Streitkräftestruktur der NATO einsetzen. Um unserem Ziel eines europäischen Raums kollektiver Sicherheit näher zu kommen, streben wir eine Verflechtung der bestehenden europäischen Sicherheitssysteme und Organisationen (NATO, NATO Kooperationsrat, WEU und KSZE) an. Die im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ angebotene enge Zusammenarbeit hält den

Weg zu einer neuen gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur offen. Die KSZE muß institutionell gestärkt und gestützt, in ihren Rechtsgrundlagen erweitert und finanziell so ausgestaltet werden, daß sie ihre Aufgabe als Regionalorganisation nach Kapitel VIII der UN Charta, insbesondere bei der Abrüstung, Wahrung des Friedens und der Menschen- und Minderheitenrechte, besser als bisher wahrnehmen kann.

Nach dem Beispiel der KSZE sollte auch im Mittelmeerraum eine Zone der Kooperation entstehen. Der eingeleitete Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern, den wir nach Kräften und im Bewußtsein unserer besonderen Verpflichtung gegenüber Israel unterstützen, könnte einer solchen Entwicklung den Weg bahnen. Den Beziehungen Europas zu den Ländern der islamischen Welt werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Das Entstehen neuer Konfliktlinien im Mittelmeerraum muß verhindert werden.

Die SPD steht dafür ein, daß die Bundeswehr nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee wird.

Die Bundeswehr dient der Landesverteidigung. Sie nimmt ihre Aufgaben in der NATO als dem gemeinsamen Bündnis zur Verteidigung wahr. Dabei soll es bleiben. Darüber hinaus soll die Bundeswehr die UN unterstützen, damit diese ihre Aufgaben in friedenserhaltenden und humanitären Maßnahmen durchführen

kann. Dafür werden wir die verlässlichen Rechtsgrundlagen schaffen. Wir wollen eine verlässliche Bundeswehrplanung auf der Basis von 300.000 Mann Friedensstärke einschließlich der UN-Bereitschaftskräfte. An der allgemeinen Wehrpflicht halten wir fest. Die SPD steht dafür ein, daß die Bundeswehr nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee wird und es keine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen, z.B. nach dem Muster des Golf-Krieges, gibt, unabhängig davon, ob solche Kriege unter dem Dach der UN, der NATO oder der WEU stattfinden.

Wir lehnen eine Aufweichung der geltenden deutschen Regelungen für Rüstungsexporte ab.

Wir wollen Programme zur Konversion der Rüstungsindustrie und der Standorte fördern und setzen uns für restriktive europäische Rüstungsexportkontrollen ein. Wir lehnen eine Aufweichung der geltenden deutschen Regelungen für Rüstungsexporte ab. Die Strafen bei Übertretung von Rüstungsexportverboten müssen drastisch verschärft, die Erlöse hieraus restlos eingezogen werden. Wir werden Rüstungsexporte auf die Mitgliedstaaten der NATO und der EU beschränken.

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik steht in der Kontinuität deutscher Bündnis- und Entspannungspolitik. Sie ist berechenbar und verlässlich.

Impressum

Herausgeber:
SPD-Parteivorstand,
Abt. Kommunikation und Wahlen,
Offenhauerstr. 1, 53113 Bonn

Gestaltung:
BUTTER ■, Düsseldorf

Druck: Hildesheimer-Druck, Hildesheim

8-94-A1-100/Bestell-Nr.: 390 06 95

Ja, ich will Mitglied der SPD werden!

Meine Beitrittserklärung:

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Beschäftigungsverhältnis:

- Angestellte(r)
 Arbeiter(in)/Facharbeiter(in)
 Beamtin/Beamter
 Soldat, Wehr-, Zivildienstleistende
 Hausfrau/-mann
 Auszubildende(r)

Gewerkschaftsmitglied bei: _____

Beschäftigt bei: _____

Beruf: _____

- Rentner(in)/Pensionär(in)
 Schüler(in)/Student(in)
 Arbeitslos
 Selbständig

Mein Monatsbeitrag:

_____ DM
(Bitte ausfüllen)

Ja, ich möchte meinen Beitrag bequem und bargeldlos per Einzugsermächtigung bezahlen.

Hiermit ermächtige ich die SPD widerruflich, den satzungsgemäßen Parteibeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Einzugsrhythmus:

- vierteljährlich
 halbjährlich
 jährlich

Bankleitzahl: _____

Geldinstitut: _____

Kontonummer: _____

Kontoinhaber/in: _____

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Die Mitgliederdaten werden unter Beachtung des Bundesdatenschutzgesetzes für die parteiinterne Mitgliederverwaltung gespeichert und verarbeitet.

Datum: _____

Unterschrift:
(Bitte unbedingt hier unterschreiben)



Monatsbeitrag

So einfach errechnen Sie Ihren Monatsbeitrag:

Selbsteinstufung des Monatsbeitrages:
Jedes Mitglied stuft sich nach seinem Einkommen selbst ein. Der jeweils erstgenannte Beitragswert stellt den erwarteten Mindestbeitrag dar:

Wer Steuern zahlt, erhält die Hälfte des Parteibeitrages vom Finanzamt zurück, da die zu zahlende Lohn- bzw. Einkommenssteuer um die Hälfte des nachgewiesenen Parteibeitrages ermäßigt wird (bis zu 3000 DM – bei Ehepaaren 6000 DM im Jahr, darüber hinausgehende Beiträge sind als Sonderausgaben abzugsfähig).

Monats-Netto-einkommen:	Monatsbeitrag:
bis 1500,-	8,- bis 9,-
1500,- bis 2000,-	10,- bis 13,-
2000,- bis 3000,-	14,- bis 50,-
3000,- bis 4000,-	55,- bis 110,-
4000,- bis 6000,-	132,- bis 275,-
6000,- bis 8000,-	300,- bis 400,-
über 8000,-	440,- und mehr

Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Beitrag 4,- DM.

fällt Unterbezirk aus

Stempel des Unterbezirks

OSKPA LWK

11BEZ 41 Zugangspost

13 U Eintrittsdokument

150V Monat